

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 43

DEZ. 1979/Jahr 30

80 Pfg. - Solidaritätspreis DM 1,20

GENÜGENDE WOHNRAUM FÜR ALLE!

Wer z. B. in Köln oder Stuttgart eine Wohnung auf dem sogenannten "freien Markt" gesucht hat, wird festgestellt haben, daß mindestens auch noch 50 oder 60 andere Verzwelfelten sich darum bewerben. Die Wohnungssuche in Städten, wo bekanntlich Wohnungsnot herrscht, ist eine Vollzeitbeschäftigung und läßt einem keine Ruhe, bis man endlich "Glück" hat. Bei Sozialwohnungen sieht es ähnlich aus: mit dem Unterschied, daß es hier zivilisierter zugeht, da man erst auf eine Liste gesetzt wird, statt mit allen möglichen Mitteln zu versuchen, vor "der Konkurrenz" auf der Türschwelle zu sein!

1973 wurden 720.000 Wohneinheiten fertiggestellt, 1978 waren es nur noch die Hälfte, also 360.000. Bei den Sozialwohnungen sieht es noch schlechter aus: Wurden 1950 noch

250.000 gebaut, so waren es 1978 nur noch 130.000.

Bedingt durch die Preisentwicklung in den letzten 10 Jahren sind auch die Mieten stark angestiegen. Beispielsweise kostete 1968 ein Kubikmeter umbauter Raum DM. 112, --, aber 1978 sage und schreibe DM. 227, --! Da nun keine Parallelentwicklung bei unseren Löhnen und Gehältern zu verzeichnen ist, mußten viele Mieter Wohngeld beantragen. So waren es 1978 1,6 Mio. Menschen, die insgesamt DM 1,7 Mrd. Wohngeld bezogen.

Auf der einen Seite gibt es also zu wenig Wohnungen, während auf der anderen, halbfertiggestellte Bauten, die der Witterung preisgegeben sind, oder Betonburgen leer stehen. Hierbei handelt es sich um Luxus- bzw. Eigentumswohnungen,

die sich nur die reichsten Leute leisten können, die wegen ihrer erhofften Profitträchtigkeit in grossem Umfang gebaut wurden und weiterhingebaut werden, obwohl sich schon längst wegen der enormen Preise keine Abnehmer mehr finden. Ein Prachtbeispiel des (angeblich) "nach Angebot und Nachfrage funktionierenden (?) Marktes"!

Der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins sieht die Ursachen für den zu geringen Wohnungsbau in:

*den Kündigungsschutzgesetzen - es reicht also nicht, daß sich die Hausbesitzer ihre Mieter aussuchen können, sie wollen sie auch jederzeit wieder auf die Straße setzen dürfen!

*"mangelnder Rendite" - also trotz der hohen Mieten reichen die Profite nicht aus, die notleidenden Hausbesitzer über Wasser zu halten!

*den "Formalitäten bei Mieterhöhungen" - der Vermieter kann nicht ohne Grund die Miete einfach erhöhen. Für Sozialwohnungen gilt eine Sonderregelung, wonach Mieterhöhungen schwieriger durchzuführen sind.

Nach Ansicht des Vorsitzenden des Mieterbundes liegen die Ursachen bei der Kostenentwicklung im Baugewerbe.

Gedanken zu diesem Problem machten sich die SPD und FDP sowie die CDU. Wohnungsbauminister Haack (SPD) will erst mal Diskussionspapiere zum Thema erstellen und begnügt sich mit Appellen an die Unternehmer, etwas zurückhaltender mit den Baupreisen zu sein. Sowohl FDP als auch CDU stellten sich natürlich auf die



Unternehmerseite: Die Unternehmer sollen so hohen Mieten nehmen wie sie wollen, weil der Mieter zur Not Wohngeld beantragen kann, während der Steuerzahler letztendlich indirekt durch Wohngeldzuschüsse die Baukosten subventioniert. Weiterhin meint die FDP, daß "Investitionshemmnisse" den Wohnungsbau drosseln. Im Wohnungsbau seien langfristige Investitionen erforderlich, weil es eine Weile dauern würde, bis sie sich rentieren. Die Unternehmer möchten ihre Profite möglichst schon im voraus einkassieren und nicht auf eine ungewisse Zukunft warten.

Wohnungsbauprogramm verabschieden, das vorsieht, - sofort jährlich 800.000 Neuwohnungen zu bauen - den Mietanteil am Einkommen von derzeit einem Drittel auf ein Sechstel zu senken - leerstehende Wohnungen in Gemeineigentum der Städte zu übernehmen und mit Wohnungssuchenden zu belegen - umfassende Mittel zur Renovierung von Altbauten bereitzustellen bei Beibehaltung der vorherigen Miete.

Der chaotische Wohnungsmarkt ist ein drastisches Beispiel für das Versagen der sogenannten "sozialen Marktwirtschaft", die diese elementaren sozialen Forderungen nicht erfüllen kann. Die privaten Bauunternehmen, Banken, Versicherungen und Kreditanstalten haben sich bisher am Wohnungsbau nur bereichert. Sie müssen verstaatlicht und unter Kontrolle der Mieter gestellt werden, damit aus den riesigen Einkünften ein umfassendes Wohnungsbauprogramm finanziert werden kann.

1973 beschloß der SPD-Parteitag in Hannover, die private Wohnungsvermittlung durch Makler zu verbieten. Dieser Beschluß ist heute so aktuell wie damals. Ihre Aufgaben müssen von einer kostenlosen Wohnungsvermittlung übernommen werden. Ebenso müssen die großen Grundstücksspekulanten enteignet werden.

von Angela Bankert, SPD-Mitglied Remscheid



NACH DEM SPD-PARTEITAG ENERGIEPROBLEM SOZIALISTISCH LÖSEN!

SPD-LINKE MUSS PROGRAMM AUSARBEITEN

Im zweiten Wahlgang hatten 5 "linke" gegen drei rechte Bewerber um drei verbliebene Vorstandsposten kandidiert. Die 5 "Linken" nahmen sich natürlich gegenseitig die Stimmen weg und brachten nur noch eine Kandidatin durch (Herta Däubler-Gmelin).

Durchgefallen sind unter anderem so prominente Leute wie Henning Scherf (Finanzsenator in Bremen), Wolfgang Roth (Ex-Juso-Bundesvorsitzender) und Rudi Arndt (Ex-Oberbürgermeister von Frankfurt). Genau betrachtet hatte sich jedoch höchstens Henning Scherf den Ehren-Namen "Linker" verdient. Er schwang sich auf dem Parteitag zum Sprecher der innerparteilichen Opposition gegen den Atom- und Rüstungskurs der Parteispitze auf. Rudi Arndt und Wolfgang Roth haben in den letzten Jahren immer mehr Zugeständnisse an die Rech-

"Wir sind so stümperhaft vorgegangen", stöhnte der Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel laut SPIEGEL 50/79, "daß wir den Namen 'Traditions-Linke' nicht mehr verdienen." Er meinte damit den Durchfall linker Kandidaten bei den Vorstandswahlen des SPD-Parteitags in Berlin.

ten gemacht. Vor allem Roth hatte in den wichtigsten kritischen Fragen (Aufrüstung und Atomkraft) treu und brav mit den Rechten gestimmt, versuchte jedoch mit dem Etikett "Linker" wieder, mit linken Stimmen in den Vorstand zu kommen. Kein Wunder, daß viele linke Delegierte ihn durchschauten und ihm ihre Stimme verweigerten!

Abgesehen von dem Vorstandswahldebakel konnten sich die Linken, die sich im sogenannten "Frankfurter Kreis" absprechen, gegenüber dem letzten Parteitag 1977 in Hamburg einen Stimmenzuwachs in wichtigen Fragen verbuchen. Der im weitesten Sinne

"linke" Stimmenblock betrug nach groben Schätzungen dieses Mal um die 40% der Delegierten. In Hamburg vor zwei Jahren war es nur ein knappes Drittel gewesen.

Diese Entwicklung widerspiegelt - allerdings in abgeschwächter Form - den Diskussionsprozeß, der in den letzten beiden Jahren in der SPD stattgefunden hat. Die Ratlosigkeit der Regierungs-"Macher" auf die Krise von 1974/75, ihre Konzeptlosigkeit angesichts zerstörter Reformillusionen, ihr blindes von-Tag-zu-Tag-Dahinwursteln, ihr konservatives Verwalten der

Fortsetzung Seite 2

AN ALLE LESER
WIR BIETEN AN :

- VORAN-Sonderausgabe "Atomenergie" - mit Fakten, Zahlen und Argumenten. Stückpreis 0,40 DM
- VORAN-Broschüre "Frischer Wind aus den Betrieben" - Aussichten für die Gewerkschaftsbewegung in der BRD. Preis: 1,50 DM

Beides zu beziehen über Redaktion VORAN, Harnesberger Str. 75 563 REMSCHEID.

ARTIKEL ÜBER

SPD und Atomkraft	S. 2
Godesberger Programm	S. 3
Kampffonds	S. 3
Chinesische Revolution	S. 4
USA	S. 5
Jugendarbeitslosigkeit	S. 7
AEG-Massentlassungen	S. 7
Lehrerstreiks	S. 8
NDR	S. 8

VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Bankverbindung: Postscheckamt Essen, H.G. Öfing
Nr. 17020 - 433

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfing

Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

Der Kampf geht weiter

Nach dem Berliner Parteitag und dem Sieg der Linie von Parteivorstand und Bundesregierung vor allem in den Fragen Atomenergie und Rüstung haben sich viele aktive Jusos wie auch Genossen und Kollegen außerhalb der SPD wieder verstärkt die Frage gestellt: Ist diese SPD überhaupt veränderbar? Kann man da überhaupt noch linke Politik machen?

Tausende ehrlicher Sozialisten haben in den letzten Jahren ihre Parteibücher wieder zurückgegeben, weil sie in einer Arbeit in der SPD keinen Sinn mehr sahen.

Und während die einen in den Parteitagsdebatten immerhin "positive Ansätze" erkennen können, kommen die anderen eher resigniert zu der Feststellung: Die Vorstandswahlen und der starke Applaus für Brandt, Schmidt und Wehner zeigen doch, daß die Rechten alles in der Hand haben...

Aber ein solcher Parteitag ist meistens kein genaues Spiegelbild der aktiven Mitgliedschaft, weil auf ihm die oberen Funktionäre, die Angeordneten und Oberbürgermeister überaus stark vertreten sind. Und außerdem gibt es für die gegenwärtige Stärke der Rechten und Verteidiger des Kapitalismus innerhalb der SPD auch ganz handfeste Gründe: so vor allem der starke Aufschwung des westdeutschen Nachkriegskapitalismus. Und dann baut man sich - ganz im Stil amerikanischer Waschmittelwahlkämpfe - einzelne Führungskräfte auf und erpreßt dann die Partei politisch damit, daß wir ohne sie verloren seien. Schließlich muß aber auch jeder, der sich als "links" betrachtet, selbstkritisch fragen, ob wir denn wirklich vereint und mit aller Kraft eine klare sozialistische Alternative verfochten haben.

Eines muß klar sein: Unsere gegenwärtige Parteiführung setzt sich überwiegend aus Anhängern des Kapitalismus zusammen. Derselbe Helmut Schmidt, der auf dem Parteitag den Jusos in Sachen "Sozialismus" eine Lektion erteilen will, tritt eine Woche später in Godesberg vor der Vollversammlung der Arbeitgeberverbände auf und ist dabei "wiederholt vom Beifall der Unternehmer unterbrochen worden, die ihm am Schluß für seine aufmunternde Ansprache lebhaft dankten" (FAZ 14.12.79)

Aber moralische Empörung allein bringt uns nicht weiter. Denn die SPD ist seit gut 100 Jahren die Massenpartei der deutschen Arbeiterbewegung; bis auf wenige Augenblicke konnte sie immer mit der (zumindest passiven) Unterstützung der Mehrheit der Arbeiter rechnen. Auch heute sieht die Lage nicht anders aus: Die Wahlergebnisse im Ruhrgebiet, den norddeutschen Großstädten und anderen Industriezentren zeigen dies.

Natürlich kann es nicht ewig bei dieser passiven Loyalität bleiben. In Krisenzeiten, wie es die 80er Jahre sein werden, werden viele Arbeiter politisch wacherüttelt werden. Zweifel, Kritik und Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik werden lauter werden. Die kleinen Parteiarbeiter und Funktionäre werden zu spüren bekommen, daß die rechte marktwirtschaftliche Politik nicht mehr ankommt.

Schon jetzt können wir in der SPD allererste Anfänge in diese Richtung erkennen. Es ist kein Zufall, daß ein bisher treuer Schmidt-Anhänger wie der Hamburger Bürgermeister Klöse plötzlich anfängt, den Kapitalismus zu kritisieren, offenbar weil er erkennt, daß die Tage der strammen rechten Marktwirtschaftler in der SPD irgendwann in der Zukunft gezählt sein werden.

Andererseits müssen wir aber auch verstehen, warum die breite Masse der Arbeiter zur Zeit politisch nicht aktiv ist. Lange Arbeitszeiten, Familie und die ständigen Alltagsorgen und tausend andere Druckmittel im Kapitalismus sowie ein verhältnismäßig hoher Lebensstandard und die Demoralisierung durch den Faschismus, wie sie die älteren Kollegen in ihren besten Jugendjahren durchgemacht haben - dies sind alles ganz handfeste Gründe. Aber gerade weil der Kapitalismus sich erschöpft hat, weil er uns in den kommenden Jahren schwere Angriffe auf den Lebensstandard und ständige Schwankungen und Wechselbäder (heute Überstunden - morgen Kurzarbeit und Entlassungen) bringen wird, werden mehr und mehr Kollegen gezwungen sein, sich zu wehren, nachzudenken und zu kämpfen - zunächst gewerkschaftlich, schließlich aber auch politisch. Und wo soll sich die Mehrzahl dieser Kollegen dann hinorientieren, wenn nicht zu ihrer traditionellen Massenpartei?

Mancher mag darüber klagen und den Kopf schütteln, aber die Erfahrung der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung spricht dafür. Natürlich sind dies nur die groben und allgemeinen Aussichten für die nächsten Jahre. In den Krisen, Erschütterungen, Klassenkämpfen und Konflikten der 80er und 90er Jahre wird die allgemeine Tendenz in diese Richtung gehen - wenn auch mit vielen Rückschlägen, Überraschungen und Widersprüchen, die heute noch nicht vorhersehbar sind.

Alle, die sich ernsthaft das Ziel gesetzt haben, die Mehrzahl der sozialdemokratischen Mitglieds- und Anhängerschaft für das volle Programm des Sozialismus zu gewinnen, müssen schon heute damit anfangen, in der Sozialdemokratie und ihrem Umfeld praktisch mitzuarbeiten und politischen Einfluß zu gewinnen.

Wir sollten nicht die Illusion haben, daß wir durch ein paar gute Argumente die auf den Kapitalismus eingeschwoenen Spitzengenenossen zum Marxismus bekehren könnten. Aber es gilt, in zäher Kleinarbeit sich schon heute einen Platz in der Bewegung (und nicht außerhalb) zu erkämpfen, um von dort aus eine starke Alternative aufzubauen.

KERNPUNKTE EINES SOZIALISTISCHEN ENERGIEPROGRAMMS

SOFORTIGER BAUSTOPP! SCHRITTWEISE ABSCHALTUNG ALLER AKWs!

Gegenwärtig bestehen riesige Überkapazitäten auf dem Elektrizitätsmarkt. Beispielsweise haben die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) eine Höchstkapazität von fast 3.800 Megawatt, von denen im Dezember 1977 bei der Verbrauchsspitze nur 54% benötigt wurden. Selbst bei der von der HEW angenommenen Stromverbrauchssteigerung von 5,5% jährlich (dies ist mit Sicherheit zu hoch gegriffen!) werden die heute vorhandenen Kapazitäten bequem bis Anfang 1989 ausreichen. Baustopp und schrittweise Abschaltung der AKWs lassen also nicht sofort "die Lichter ausgehen"!

ALLE ENERGIEVERSORGUNGSGESAMTUNTERNEHMEN (EVÜs) ZU EINEM EINZIGEN STAATLICHEN KONZERN ZUSAMMENFASSEN!

Gegenwärtig befinden sich zwar die Elektrizitätswerke (in Form von Aktienanteilen) weitgehend in öffentlicher Hand. Doch sie verhalten sich in ihrer Jagd nach Marktanteilen, ihren Preistreibern, ihrer Profitsucht und ihrem blindwütigen Expansionsstreben genauso wie privatkapitalistische Konzerne. Nicht zuletzt, weil ihre Geschäftspolitik durch die Vertreter von AEG, Siemens und allen Banken im Aufsichtsrat dirigiert wird: Mittels einer "Heiz-mit-billigem-und-sauberem-Strom"-Kampagne den Wärmemarkt zu erobern. Zu diesem Zweck würden natürlich in Zukunft AKWs benötigt! Die Vertreter privater Konzerne müssen 'raus aus den Aufsichtsräten der EVÜs! Außerdem weigern sich die EVÜs gegenwärtig einfach,

Kohlekraftwerke, auch trotz vorliegender Baugenehmigungen, zu bauen, und warten lieber auf die Genehmigung für AKW-Bauten, wie auch auf dem Berliner Parteitag beklagt wurde.

VERSTAÄTLICHUNG DER GESAMTEN ATOMINDUSTRIE UNTER DEMOKRATISCHER ARBEITERKONTROLLE UND -VERWALTUNG!

Es geht darum, die Arbeitsplätze in diesem Industriezweig zu retten, falls keine neuen AKWs mehr gebaut werden. Alternative Produkte müssen hergestellt werden. Z.B. haben die Arbeiter der britischen Rüstungsfirma "Lucas-Aerospace" ausreichend bewiesen, daß dies grundsätzlich möglich ist. Sie haben gemeinsam mit ihren Vertrauensleuten einen Plan zur Herstellung eines grundsätzlich anderen Produkte-Programms ausgearbeitet. Mit denselben Maschinen und Werkzeugen wollen sie lieber wirtschaftlichere Produkte als Bomben bauen, nur das kapitalistische Management des Betriebs weigert sich bisher.

Dasselbe muß grundsätzlich auch in der Atomindustrie möglich sein!

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPLANUNG UND -PRODUKTION!

Die kapitalistische Energiewirtschaft hat versagt, wenn sie nur auf dem Rücken massiver Gesundheits- und Lebensgefährdung die Energieversorgung weiter sichern kann! Ihr Antrieb ist die Profitsucht, Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Unfallverhütung und Wirtschaftlichkeit kommen dabei zwangsläufig zu kurz. Es gilt, alternative Energiequellen gründlich zu erforschen und zu nutzen. Beispielsweise strahlt selbst in

der BRD, einem relativ sonnenarmen Land, jährlich ca. 80mal soviel Sonnenenergie ein als an Gesamtenergie verbraucht wird. Ein massives staatliches Forschungsprogramm ist zu diesem Zweck notwendig.

Eine Geheimstudie des Ölkonzerns BP gibt zu, daß in der BRD billig ca. 21.000 Megawatt elektrischer Energie "nebenbei" erzeugt werden könnten, würde man die industrielle Abwärme zu diesem Zweck über Industriekraftwerke leiten. Das entspricht der Leistung von 21 AKWs von je 1.000 MW, wird aber nicht genutzt, weil dies die Elektrizitätsmonopole mit ihrer Preispolitik verhindern. Es kommt darauf an, die eingesetzte Energie besser zu nutzen, nicht blindlings zu verschleudern. Beispielsweise würde die Einführung des schwedischen Standards der Wärmeisolierung von Gebäuden 74% der gegenwärtig verpulverten Raumheizenergie einsparen (und für die Dauer von 20 Jahren 240.000 Arbeitsplätze schaffen). Stromsparende Elektrogeräte könnten innerhalb von 10 Jahren eingeführt werden und so viele Megawatt Strom sparen, wie durch Bau von AKWs im selben Zeitraum nicht eingebracht werden können.

Das kapitalistische System ist daran nicht interessiert. Es ist auf reine Expansion bedacht. Deshalb muß es ersetzt werden durch eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Erst dann bestehen die Voraussetzungen dafür, gleichzeitig ökologische und ökonomische Sicherheit für alle Arbeiter, ihre Familien und die gesamte Gesellschaft zu gewährleisten...

SPD-Parteitag

Fortsetzung von Seite 1

Regierungsgeschäfte des Kapitals, ihre ständigen Maßhalteappelle an die Arbeitnehmer, das Aufgeben jeglicher sozialistischer Programmatik - das alles fängt jetzt an, bei der SPD-Basis Unzufriedenheit, Unruhe und Widerspruch auszulösen.

Speziell in der Frage "Energie und Atomkraft" sind viele Gliederungen nicht mehr länger bereit, kritiklos die Propagandaparen der Atomkonzerne nachzubeten. Dies zeigte sich ganz deutlich bereits im Vorfeld des Parteitags, als mehrere Bezirke und Landesverbände der SPD (Baden-Württemberg, Süd-Bayern, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein) eindeutige Beschlüsse gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie durch das Bonner Atomprogramm faßten.

Für eine Parteitags-Mehrheit fehlen zwar immer noch gut 10% der Delegiertenstimmen. Doch muß man davon ausgehen, daß es in vielen Basisgliederungen längst eine Mehrheit gegen die Atomkraftnutzung wegen der unkalkulierbaren Risiken gibt. Diese Auffassung wird jedoch nach oben immer weiter verwässert. Denn die Bezirks-, Landes- und Bundesparteitags (besonders letztere) sind in ihrem Durchschnitt nicht gerade repräsentativ: je höher die Ebene, umso mehr Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Oberbürgermeister, Senatoren, Minister, Staatssekretäre, hauptamtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre beherrschen die Szene.

Es wird deshalb darauf ankommen, in den nächsten Jahren Delegierte zu Parteitag zu wählen, die die Meinungen an der Basis getreuer widerspiegeln.

Den Jungsozialisten fällt dabei eine besondere Rolle zu. Sie müssen die Speerspitze im Kampf gegen Ämterhäufung, Verfilzung von Ämtern, Mandaten und Parteifunktionen und für eine repräsentative Auswahl von Parteitagsdelegierten abgeben.



Eine Abstimmung beim Parteitag

Der Parteitag in Berlin war für die Parteilinke ein gewisser Fortschritt. Ihre gewachsene Stimmzahl ist dafür ein Ausdruck. Allerdings hat die (rechte) Parteitagsmehrheit ihren eigenen Beschluß von vor zwei Jahren eindeutig verwässert. Insofern war es ein Rückschritt hinter Hamburg. Denn dem Bau neuer AKWs werden jetzt nicht mehr so viele Hindernisse in den Weg gelegt, wenn man Buchstaben und Sinn der beiden Beschlüsse von Hamburg 77 und Berlin 79 vergleicht. Vor allem in der Frage der sicheren Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Giftmülls werden den Atomkonzernen einige Steine aus dem Weg geräumt.

Möglicherweise wäre die Anzahl der AKW-Gegner in Berlin noch größer gewesen, hätte nicht Schmidt viele Delegierte, die ihm loyal gegenüberstanden, mit kaum verhüllten Rücktrittsdrohungen erpreßt und auf die Atomkraftlinie des Vorstands ausgerichtet. In dieselbe Kerbe schlug die vorgeladene Gewerkschaftsprominenz: mit dem "Wir-brauchen-doch-die-Arbeitsplätze"-Argument übten vor allem der DGB-Vorsitzende Vetter und der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Schmidt, Druck auf die Delegierten aus. Gerade auf diese Frage wußten die Kernener-

giegegner keine Antwort zu geben. Ihr einzigen Argumente gegen AKWs, die mangelnde Betriebssicherheit und die ungeklärte Endlagerung des gefährlichen Atomabfalls mögen vielleicht viele Basismitglieder in SPD und DGB zum Schwanken und Zweifeln bringen.

Wenn man ihnen jedoch keine klare Antwort auf die von der Atomlobby geschürten Arbeitsplatzängste gibt, dann werden sie sich nicht überzeugen lassen.

Die Linken versagten in diesem Punkt auf dem Parteitag. Sie ließen sich eine technologische Diskussion aufzwingen, die sich voll und ganz im Rahmen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems bewegt, ohne Ansatz eines sozialistischen Programms. Eine grundlegende Alternative boten sie nicht. Stattdessen versuchten sie, mit moralischen Appellen der rechten Parteimehrheit einige Zugeständnisse abzurufen, die hauptsächlich aus im Prinzip überzeugten Atomkraftbefürwortern bestand.

Dies ist der falsche Weg. Es kommt darauf an, die Basis der Partei (und der Gewerkschaften!) in ihrer Mehrheit gegen den weiteren Bau und Betrieb von AKWs zu gewinnen. Eine klare, durchdachte und umfassende Alternative zur gegenwärtigen Energiepolitik muß ausgearbeitet werden. Sie muß auf eindeutig sozialistischer Grundlage stehen, sonst bleibt sie Flickwerk.

Dieser SPD-Parteitag traf ganz bestimmt keine endgültige Entscheidung (so gern dies vielleicht manche interessierten Kreise gesehen hätten!). Es war eine Zwischenstation in der innerparteilichen Entwicklung, eine Momentaufnahme des Kräfteverhältnisses, das sich in bisherigen Auseinandersetzungen herausgebildet hat.

Für alle Linken in der SPD gilt es deshalb: nicht den Mut sinken lassen, weitermachen, und gleichzeitig dardarangehen, ein umfassendes sozialistisches Energieprogramm auszuarbeiten. (Siehe auch Kästchen oben).

Godesberger SPD-Programm 1959

AUSSÖHNUNG MIT DEM KAPITAL

Wozu hat es geführt?

TEIL II

Der erste Teil unseres Artikels beschrieb den Weg der SPD nach dem 2. Weltkrieg. Die Führungen von SPD und KPD verhinderten die von der Basis geforderte einheitliche sozialistische Politik. Durch seine Politik des Antikommunismus machte sich Kurt Schumacher zum vertrauensvollen Bündnispartner der kapitalistischen westlichen Besitzungsmächte. Trotz seines Linksradikalismus in Worten war es auch ihm zu verdanken, daß der Kapitalismus in Westdeutschland restauriert wurde. Die Konjunktur der 50er Jahre führte zur Anpassung an bürgerliche Kräfte. Das Godesberger Programm war nur noch die Festschreibung dieser rechten Politik.

Von nun an tappte die SPD von einem polischen Fettnäpfchen ins andere. Als es Mitte der 60er Jahre zur ersten Rezession kam, war die Parteiführung unfähig zu sehen, daß dies erst der Anfang von weiteren, noch tiefer gehenden Krisen war, wie sie im Kapitalismus unvermeidlich sind. Dieses Tief der Wirtschaft konnte relativ schnell überwunden werden. Dadurch wurde die SPD-Führung in ihrem Irrtum bestärkt, der Kapitalismus sei dauerhaft lebensfähig und der Sozialismus überflüssig. Da die Krise national beschränkt war, konnte sich durch die Erweiterung des Exports - also auf bürgerliche Weise - behoben werden.

Große Koalition

"Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert...". heißt es da im Godesberger Programm. Aber diese kurze Rezession zeigte deutlich genug, daß die Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu Lasten der Arbeiter gehen, und daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nur bestehen kann, wenn es gerade den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.

Die Arbeiter verloren ihr Vertrauen in die Erhard'sche Wirtschaftspolitik und wählten immer weniger die CDU/CSU. Trotzdem konnte es die SPD nicht abwarten, die erforderliche Stimmeneinheit zu erreichen und ging mit der CDU/CSU die große Koalition ein.

Sozialliberale Koalition

Nachdem Mitte der 60er Jahre die Arbeiter mehrere Streiks durchführten, kam es schließlich noch zu Studentenunruhen. Viele dieser Studenten und auch radikalisierte Jugendliche traten in die

SPD ein oder unterstützten sie zumindest bei der Bundestagswahl 1969. Die SPD erhielt damals 42,7% der Wählerstimmen. Sie bildete, zusammen mit der FDP, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte die Regierung. Ihren Wahlsieg hatte sie einerseits der Abkehr der Arbeiter von der CDU-Politik zu verdanken, andererseits dem Reformprogramm, den "Perspektiven für die 70er Jahre".

Obwohl diese "Perspektiven" auf jeden Fall fortschrittlich gegen über der CDU-Politik waren, bedeuteten sie auf ihrer wirtschaftlichen Grundlage einen Rückschritt hinter das Godesberger Programm. Hielt es da noch: "Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessen werden", so sprach man jetzt davon, die "Folgen dieses Konzentrationsprozesses tragbar zu machen" und "wirtschaftlich notwendige Zusammenschlüsse" zu fördern.

Reformen anfangs erfolgreich

Einen Teil ihres Programms konnte die SPD durchsetzen, wie z. B. Vorsorgeuntersuchungen, Lehrmittelfreiheit, Mutter- und Jugendschutzgesetze. Einige Reformvorhaben, wie z. B. ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht blieben fromme Wünsche. Ständig steigende Preise nagten an den Reallöhnen der Arbeiter. Die von Karl Schiller ins Leben gerufene "Konzertierte Aktion" bemühte sich, Forderungen nach höheren Löhnen abzuwürgen. Dennoch kam es 1970 zu verschiedenen Streiks. 1971 streikten die Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden für 11% mehr Lohn und Gehalt. Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen zwischen 1970 und '72 zeigten die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der sozialliberalen

JUBELNDE SPD-ABGEORDNETE NACH DEM GESCHEITERTEN MISSTRAUENSVOTUM GEGEN WILLY BRANDT AM 27.4.72



Koalition. Nach ihren Wahlstegen fühlte die CDU/CSU ihre Zeit gekommen, und stellte ein Misstrauensvotum gegen die SPD. Die Enttäuschung der Arbeiter schien vergessen, als sie sich in spontanen Massendemonstrationen mit der Regierung solidarisierten. Bemerkenswert ist, daß ihre Solidarität fast ausschließlich Willy Brandt galt, der Name Walter Scheel war fast ganz vergessen. Die Begeisterungswelle brachte der SPD auch viele Zulaufe von Arbeitern und Jugendlichen, die voller Illusionen in die "Politik der kleinen Schritte" beitraten.

Enttäuschung

Die Enttäuschung folgte der Begeisterung auf dem Fuße, als Willy Brandt im Januar 1973 an die Arbeiter appellierte, sich in ihren Lohnforderungen zurückzuhalten, um ein solides Wachstum zu sichern. Trotzdem sah sich die organisierte Arbeiterschaft gezwungen, im August/September 1973 für Teuerungszulagen zu streiken. Daraufhin sah sich nun wieder Brandt gezwungen, die Streikenden zu maßregeln: "Dies ist nicht die Stunde hoher Forderungen!"

Erneut machte sich die Enttäuschung der Arbeiter in den Landtagswahlergebnissen ab 74 bemerkbar. Die SPD verlor Stimmen, jedoch nicht alle an die CDU, viel-

mehr zeigten viele Stammwähler die Tendenz, überhaupt nicht zur Wahl zu gehen.

Als 1974 Willy Brandt als Bundeskanzler zurücktrat und Helmut Schmidt an seine Stelle gewählt wurde, machte er den Arbeitern in seiner Regierungserklärung klar, daß große Sprünge nicht mehr zu erwarten seien. Zwei Jahre danach wuchs die Arbeitslosenzahl sprunghaft an und war bald auf über eine Million gestiegen. Das kapitalistische System fing an, seine Krisenhaftigkeit zu demonstrieren. Selbstverständlich versuchte das Kapital, die Krise auf Kosten der Arbeiter zu beseitigen. Dies hätte von der SPD-Führung erkannt werden müssen. Sie hätte ihre Anhängererschaft - die Arbeiterklasse - darüber aufklären müssen, wer wirklich die Schuld an der Krise hatte. Statt dessen ermahnte sie weils '72 so schön war - die Arbeiter erneut, keine "überhöhten" Lohnforderungen zu stellen, damit eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer stattfinden konnte. Die Unternehmer versprochen, die Investitionen zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen. Wenn die Unternehmer jedoch überhaupt investieren, dann nur, um noch mehr qualifizierte Arbeitsplätze wegrationalisieren. Sie nutzten die Regierungsverantwortung der SPD voll aus, um ihr die Schuld an der Wirtschaftsmisere zuzuschreiben. Andererseits waren sie natürlich froh, daß die Sozialdemokraten die Politik der Konservativen betrieben, denn eine CDU-Regierung hätte nie die Arbeiter derart im Zaum halten können.

Alte Politik versagte

Die Politik, wie sie die SPD aufgrund des Godesberger Programms machen wollte, war einzig und allein für den Wirtschaftsaufschwung gedacht. In Krisenzeiten versagt es jedoch völlig. Dies zeigt schon die kurze Rezession Mitte der 60er, als der SPD nur eine bürgerliche Lösung des Problems einfiel. Das Programm selber zeigt auch deutlich, wie perspektivlos die SPD der zukünftigen Entwicklung gegenüberstand. Hatte sie in den 40ern noch die Illusion, ein Aufschwung sei im Kapitalismus unmöglich und die Massen würden ins Lager des Sozialismus getrieben, so ging man jetzt von einem ewig währenden Aufschwung aus, welcher den Sozialismus überflüssig mache.

Im Abschnitt "Eigentum und Macht" wird von "anonymen Mächten" gesprochen, die hinter den Managern der Großindustrie stehen. Welcher Art sollen denn diese anonymen Mächte sein? Vielleicht grüne Männchen aus dem All? Hinter den Managern steht im Gegenteil eine ganz konkrete Macht: Die Macht der herrschenden Klasse.

Zwar wird im Programm richtig festgestellt, daß die Marktwirtschaft von sich aus "keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung gewährleistet", daraus zieht man aber nicht die Schlußfolgerung, daß die Marktwirtschaft Schrott ist.

Miese Aussichten

Obwohl die SPD die hauptsächliche Verantwortung der Regierung trägt, sitzt ihr immer noch die FDP, die kleine Partei des großen Kapitals als Wachhund im Genick. Gerade sie konnte entscheidende Reformen verhindern. Die SPD muß sich endgültig von diesem Übel trennen. Nur eine SPD-Alleinregierung ist in der Lage, unsere Probleme zu lösen. Wir gehen ohnehin nicht mit rosigen Aussichten in die 80er Jahre:

- * Eine weitere, tiefer gehende Rezession wird unvermeidlich sein.
- * Dadurch wird die Arbeitslosenzahl weiter steigen.
- * Tausende von Schulabgängern werden ohne Aussicht auf eine qualifizierte Ausbildung auf der Straße stehen.
- * Ob die Renten in Zukunft sicher sein werden, muß man schon seit Ende '76 bezweifeln.
- * Die Rationalisierung wird auf allen Gebieten voll zuschlagen.
- * Die Inflationsrate wird auch weiter steigen, und unsere Real-löhne anfressen.
- * Die Chancen für Bildung und Weiterbildung der Arbeiter werden geringer. Schon jetzt ist die Lehrmittelfreiheit eingeschränkt.

Es ist längst Zeit für eine andere SPD-Politik. Dazu braucht man aber ein neues Parteiprogramm. Zum einen um den jetzigen Mitgliedern eine klare Perspektive zu geben, zum anderen aber auch, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Neues Grundsatzprogramm notwendig!

Mit Sicherheit werden auch neue Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften bevorstehen. Trotz ihrer traditionellen Verbundenheit mit den Gewerkschaften ist die SPD in der Vergangenheit kaum dazu bereit gewesen, voll und ganz die notwendigen Forderungen zu stellen. Statt dessen zieht es die Führung vor, Maßhalteappelle an die organisierten Arbeiter zu richten.

Deshalb sollte jeder Arbeiter nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch in der SPD organisiert sein. Gemeinsam müssen wir für eine SPD-Alleinregierung mit einem sozialistischen Programm kämpfen. Nur ein solches würde uns vor der Wiederholung der kapitalistischen Geschichte bewahren können.

Das Godesberger Programm bietet keine ausreichende Wirtschaftsanalyse und keine klaren Perspektiven. Aber selbst einige Erkenntnisse, die hinübergerettet wurden, hat man offensichtlich vergessen.

Wenn man doch klar erkennt... "Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig", warum zieht man dann nicht die praktische Konsequenz?

Warum sträubt man sich gegen ein sozialistisches Programm, wenn man sich trotz allem in Godesberg einig war: "Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen - das war und ist der Sinn des Sozialismus".

Iris Cirkel, Remscheid

kampffonds

Die Spenden im Monat November sind wieder spärlicher auf unsren Kampffonds geflossen als erwartet, nämlich insgesamt 678,-. So überwiesen uns Remscheider Leser die Sammlung einer VORAN Diskussionsveranstaltung in Höhe von 67,70 DM. Eine Veranstaltung von VORAN-Lesern in Hamburg brachte sogar 170,84 DM. Diese guten Beispiele zeigen, daß sicher noch mehr "drin" ist! Der vorläufige Jahresabschluß (entsprechend den Eingängen, die bis Redaktionsschluß vorlagen), sieht weit weniger rosig aus, als wir es zu Beginn des Jahres ursprünglich erwartet hatten.

Im Verlauf des Jahres 1979 erhielten wir insgesamt 6004,14 DM. Davon entfallen 2209,44 DM auf die Region Nord, 2909,99 DM auf die Mitte und 885,01 DM auf den Süden.

Gemessen am Jahresziel von

17.000 DM, das wir nicht für zu ehrgeizig gehalten haben, nahmen wir also nur durchschnittlich rund 35% ein.

Diese abfallende Tendenz muß im nächsten Jahr unbedingt aufgehoben werden. Da VORAN nicht alleine durch den Verkaufspreis getragen werden kann, wird ein Teil der Spenden für Zuschüsse zu den Druckkosten, Büromaterial und fortlaufende Kosten des Redaktionsbetriebs usw. benötigt. Bei einem so geringen Spendenaufkommen wie in diesem Jahr bleibt daher kaum noch etwas übrig, um Rücklagen für größere Investitionen anzusammeln. Dies ist jedoch unbedingt nötig, um Erscheinungsbild und -häufigkeit der Zeitung zu verbessern, die Auflage zu erhöhen und so unsere Ideen einem größeren Kreis von Lesern bekannt zu machen.

Unsere gesamten Rücklagen für solche größeren Investitionen betragen derzeit rund 11.000 DM. Wir wollen uns davon ein Compo-serartiges Gerät anschaffen. Dafür fehlen uns jedoch noch 2000 DM

Doch der finanzielle Einsatz für ein solches Gerät wird sich lohnen! Die Zeitung kann im Blocksatz erscheinen. Also links - als auch rechtsbündig!

Dadurch wird das Erscheinungsbild erheblich verbessert und die Zeitung viel lesbarer.

Allgemeine Büroarbeiten sowie der Versand an unsere Abonnenten können ebenfalls durch Automatisierung schneller erledigt werden.

Insgesamt wäre eine solche Anschaffung ein erheblicher Schritt nach vorn. Die fehlende Summe von 2000 DM sollten wir bis Ende Januar '80 aufgebracht haben, um im Februar bereits die erste VORAN-Ausgabe in neuer Form herausbringen zu können. Ihr seid aufgerufen, durch eigene Beiträge und erhöhten Einsatz beim Spendensammeln mitzuhelfen, damit dieses wichtige Zwischenziel erreicht werden kann.

SPENDENKONTO:
Postcheckamt Essen
Kto.Nr. 242250-432
ANGELA BANKERT

Stabilität und Fortschritt

Vor der Revolution war China ein schwaches, zerissenes, extrem unterentwickeltes Land - gekennzeichnet durch Analphabetentum, Hunger und nationale Erniedrigung. Die Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus sowie die Einführung einer geplanten Wirtschaft im Gefolge der Revolution hat in China eine gewaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht. Allein das reicht aus zur Rechtfertigung der chinesischen Revolution von 1949, die - nach der russischen Oktoberrevolution - das zweitwichtigste Ereignis in der politischen Geschichte der Menschheit darstellt.

Die Überlegenheit der Planwirtschaft wird bereits auf den ersten Blick deutlich, wenn man China mit Indien vergleicht. Indien wurde zwei Jahre vor der Chinesischen Revolution unabhängig (1947), seine Entwicklung verlief jedoch auf kapitalistischer Grundlage. Resultat: Armut, Hunger, Analphabetentum, Massenarbeitslosigkeit. All das gibt es in China, dessen Lage vor 30 Jahren im Vergleich zu Indien bestimmt nicht vorteilhafter war, heute nicht mehr. Eine fast unvorstellbare Errungenschaft besteht in der Tatsache, daß China sein 900-Millionen-Volk heute mit Nahrungsmitteln weitgehend selbst und ausreichend versorgen kann.

Industrie und Landwirtschaft

Im Laufe der vergangenen 30 Jahre konnte die wirtschaftliche Produktion ungefähr auf das 80fache gesteigert werden. Seit 1957 verfünffachte sich die Industrieproduktion, 1952 produzierte China nur 1,8 Mio. Tonnen Stahl, 1978 bereits 32 Mio. Tonnen.

Die Erzeugung elektrischer Energie stieg von 7,3 Mrd. Kilowattstunden im Jahre 1952 auf 121 Mrd. 1976. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Traktorenproduktion von 1.000 auf 190.000. Ähnliche Zahlen ließen sich für die Produktion von Kohle, Öl, Zement, LKW's, Lokomotiven, Düngemittel, Getreide und vieles mehr auflisten.

China gehört inzwischen, sowohl landwirtschaftlich als auch industriell, zu den wichtigsten Ländern der Welt und holt ständig weiter auf. Hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes sind Ausdruck dieser Entwicklung. Zwar fehlen offizielle Statistiken, aber Schätzungen (auch westlicher Experten) für 1978 laufen auf eine Wachstumsrate von ungefähr 14% hinaus.

Zusammen mit den für sich sprechenden Erfolgen in der Landwirtschaft, hat die erstaunliche Entwicklung der chinesischen Industrie der riesigen Bevölkerung einen zwar immer noch bescheidenen, aber doch annehmbaren Lebensstandard beschert - besonders wenn man sich vergleichsweise die früheren Lebensbedingungen des chinesischen Volkes oder auch die heutigen Verhältnisse in den übrigen Ländern der sogenannten "Dritten Welt" vor Augen führt. Die 900 Mio. Chinesen haben ausreichend zu Essen, vernünftige Kleidung, ein Dach über dem Kopf, ein Fahrrad gehört zur Grundausstattung.

Gesundheit und Erziehung

Dramatische Verbesserungen lassen sich ebenfalls im Bereich der medizinischen Versorgung sowie im Erziehungswesen feststellen. Seuchen, die früher das Land überzogen, sind praktisch ausgerottet. Das öffentliche Gesundheitssystem bietet jedem Bauern eine vollständige medizinische Betreuung für eine jährliche Gebühr von 50 fen (das entspricht ungefähr 60 Pfennig!). Schätzungen besagen, daß heute auf jeweils 1.000 Chinesen ein Arzt kommt - eine Ziffer, die fast andiejenige Japans heranreicht (ein Arzt pro 800 Menschen).

Die Säuglingssterblichkeit konn-

Vor 30 Jahren:

CHINESISCHE REVOLUTION

Die Entwicklung seit 1949

VORAN nimmt den 30. Jahrestag der Chinesischen Revolution von 1949 zum Anlaß, Entwicklung und Charakter dieser Umwälzung im Überblick darzustellen und zu analysieren. In VORAN Nr. 41 beschäftigen wir uns mit der Vorgeschichte der Revolution und deren Charakter; der nun folgende Artikel nimmt Stellung zur Entwicklung der Volksrepublik China nach 1949 sowie zur heutigen Politik der chinesischen Führung.

te auf 2% gedrückt werden (1,8% in den USA). Die Lebenserwartung der Chinesen stieg von durchschnittlich 40 Jahren im Jahre 1945 auf heute durchschnittlich 60 bis 70 Jahre - sicher ein unmittelbarer Ausdruck des erreichten Lebensstandards der chinesischen Bevölkerung sowie ihrer medizinischen Versorgung.

Vor 30 Jahren waren noch 80% der Bevölkerung Analphabeten, heute beträgt dieser Anteil nur noch ca. 5%. Alle Kinder besuchen eine Schule.

Preisstabilität

Unter dem Regime der Kuomintang, vor der Revolution, war die Inflation eine der schlimmsten Bedrohungen für die chinesischen Bauern und Arbeiter. In den zwölf Jahren vor 1949 stiegen die Preise auf das 8 Millionen-fache! Der Geldbetrag, mit dem man 1937 zwei Ochsen kaufen konnte, reichte 1945 nur noch für zwei Eier, 1949 bekam man dafür nur noch 1 Blatt Klo-Papier.

Im Vergleich dazu wird der enorme Fortschritt unter den Bedingungen einer zentral geplanten Wirtschaft deutlich. So kostete der Standard-Reis pro Kilogramm im Jahre 1952 29,6 fen, heute 30,4. Weißes Baumwolltuch fiel in derselben Periode von 86,7 auf 84 fen pro Einheit. Pharmazeutische Erzeugnisse sind auf die Hälfte ihres früheren Preises gefallen. Bei den meisten Gütern des täglichen Verbrauchs läßt sich eine weitgehende Preisstabilität feststellen.

All diese gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte lassen China in den Augen der hungrigen, von Inflation und Massenarbeitslosigkeit geplagten Massen der "Dritten Welt" als ein Paradies der Stabilität und des Fortschritts erscheinen. Die chinesische Revolution hat sich durch ihre Auswirkungen mehr als einmal gerechtfertigt.

Bürokratische Elite

Um so erstaunlicher muß einem die materielle und soziale Entwicklung Chinas erscheinen, als sie trotz der Existenz einer riesigen, ständig wachsenden bürokratischen Elite zustandekam. Es ist kaum vorstellbar, welches Ausmaß der gesellschaftliche Fortschritt hätte annehmen können, hätte es eine vollständige Kontrolle und Verwaltung der Wirtschaft durch die Arbeiter und Bauern - also eine echte Arbeiterdemokratie - gegeben.

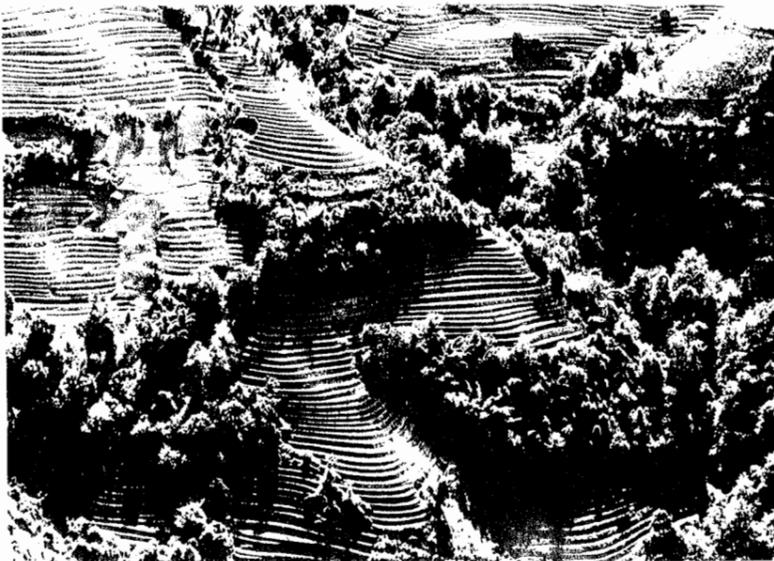
Die Ursachen für das Entstehen einer alles beherrschenden Bürokratischen Schicht in China gehen zurück auf die Vorgeschichte und den besonderen Verlauf der Chinesischen Revolution (siehe den

ersten Teil dieses Artikels in VORAN Nr. 41).

Die in China für die Revolution entscheidenden sozialen Kräfte waren ganz anders als diejenigen, die der Russischen Revolution von 1917 ihr Gepräge gegeben hatten.

Russische Revolution

Die Bolschewiki hatten ihre soziale Basis in der Arbeiterklasse, die die armen Bauern hinter sich vereinigte, um 1917 den Zarismus zu stürzen und dann Großgrundbesitz und Kapitalismus abzuschaffen. Nicht zuletzt wegen ihrer herausragenden politischen Führer, Lenin und Trotzki und der bolschewistischen Partei, war die Russische Revolution die bewußteste Bewegung in der Geschichte der Menschheit.



Ein Erfolg der Planwirtschaft: Durch das Anlegen von Terrassenfeldern werden Bodenerosion verhindert und frühere Steinhänge in fruchtbares Ackerland verwandelt.....

So war die Arbeiterklasse - und sogar große Teile der armen Bauernschaft - durchdrungen vom Geist des Internationalismus. Sie sah die Russische Revolution lediglich als Anfang einer weltweiten sozialistischen Revolution; und ihr war klar, daß auch nur dadurch die eigene Revolution gerettet werden könnte. Die Macht lag in den Händen von Arbeit-, Bauern- und Soldatenräten, bei jederzeitiger Abwählbarkeit aller Funktionäre.

Die von den Bolschewiki angestrebte internationale Ausbreitung der Revolution (besonders in Deutschland) blieb jedoch aus beziehungsweise ihre Ansätze in den verschiedenen Ländern scheiterten an der Unfähigkeit oder am Verrat der Führungen der jeweiligen Arbeiterparteien. So führte die Isolation der Revolution in einem einzigen, noch dazu äußerst rückständigen Land nach einigen Jahren notwendigerweise zur Herrschaft einer bürokratischen Schicht und

zur Entartung des russischen Arbeiterstaates - ein Prozeß, der seinen personifizierten Ausdruck im Aufstieg Stalins fand.

Deformierter Arbeiterstaat

Mao-Tse-Tung begann 1949 China nach dem Modell der UdSSR aufzubauen - doch nicht der UdSSR Lenins und Trotzki's, sondern der Stalins. Von Anfang an hat es in China keinen Hauch von Arbeiterdemokratie gegeben, wie sie in Rußland in den ersten Jahren nach 1917 existierte.

Mao erkämpfte die Staatsmacht an der Spitze einer Bauernarmee, während die Arbeiterklasse in den Städten weitgehend passiv blieb. Wo es Ansätze einer unabhängigen Bewegung des Industrieproletariats gab (Streiks, Bildung von Räten), wurden diese schon im Keim von der Roten Armee zerschlagen.

Die Bürokratie in Armee, Partei und Staat, an deren Spitze Mao stand, hatte Angst vor jeder selbständigen Bewegung der Arbeiterklasse. Eine solche Bewegung hätte die Macht der Bürokratie



Ein Erfolg der Planwirtschaft: Durch das Anlegen von Terrassenfeldern werden Bodenerosion verhindert und frühere Steinhänge in fruchtbares Ackerland verwandelt.....

ernsthaft bedrohen können. Deshalb mußte sie mit allen Mitteln an der Entfaltung gehindert werden. Mao und seine Clique errichteten ein bürokratisches, totalitäres Einpartei-Regime, das jedoch ökonomisch auf der Grundlage der Verstaatlichung und einer zentral geplanten Wirtschaft steht. Ein solcher Staat wird von Marxisten als "deformierter Arbeiterstaat" bezeichnet - "Arbeiterstaat" wegen der sozialen, ökonomischen Basis des Staatseigentums und der Planwirtschaft, "deformiert" wegen seines bürokratischen, vollständig undemokratischen Charakters.

Rolle der Bürokratie

So wie in allen deformierten Arbeiterstaaten (Osteuropa, Kuba, Angola, Mozambique u. a.), spielt auch die Bürokratie in China eine doppelte, widersprüchliche Rolle: Einerseits beruhen Macht und Pri-

vilgien der bürokratischen Elite auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln und der Planwirtschaft; sie hat deshalb kein Interesse an einer Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse, verteidigt die wirtschaftliche Basis des Arbeiterstaates und treibt deren Entwicklung voran.

Auf der andren Seite jedoch kann die Bürokratie Macht und Privilegien für sich nur sichern und monopolisieren, wenn sie eine echte Kontrolle der Arbeiterklasse über Wirtschaft und Staat, also eine Arbeiterdemokratie, verhindert. Insofern spielt sie eindeutig eine behindernde, rückschrittliche Rolle; sie steht der vollen Entfaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Wege, die nur durch eine umfassende Beteiligung der arbeitenden Menschen möglich wäre.

Es ist eine Tatsache, daß die chinesische Bürokratie auch heute noch das Vertrauen und die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung genießt - auch wenn schon hier und da massiv Unzufriedenheit mit verschiedensten Aspekten bürokratischer Machtausübung hervorbricht. Diese Unterstützung ist auf die gewaltigen materiellen und sozialen Errungenschaften zurückzuführen, die - trotz bürokratischer Machtentfaltung - auf der Grundlage der Planwirtschaft in China möglich waren und noch immer möglich sind. Geschichtlich betrachtet stellt der deformierte Arbeiterstaat einen enormen Fortschritt dar, weil er den Kapitalismus und die Reste des Feudalismus beseitigte und dem Land damit gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete. Andererseits hat ein solches System mit einem wirklichen Sozialismus, außer der wirtschaftlichen Grundlage, nichts gemeinsam; denn zum Sozialismus gehört eine Arbeiterdemokratie.

Man kann ein System wie das chinesische auch als Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus kennzeichnen. Die soziale Revolution ist in ihr bereits vollzogen; um die Bürokratie durch eine echte Arbeiterdemokratie abzulösen, bedarf es aber noch einer politischen Revolution - d. h. des revolutionären Sturzes der Bürokratie. Freilich wird sie ihre diktatorische Macht niemals aufgeben.

Diktatur

Die Machtverhältnisse in China haben einen eindeutig diktatorischen Charakter. Welchen Aspekt des politischen Systems wir auch betrachten - überall stoßen wir auf das Prinzip der totalen Gleichschaltung. Es gibt weder Streikrecht noch unabhängige Gewerkschaften. Es gibt keine Räte und keine Arbeiterkontrolle über die Fabriken und die Industrie. Oppositionelle Gruppen oder Parteien sind nicht zugelassen. Wahlen sind - wie in allen stalinistischen Staaten - eine Farce. Das Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit (auch höherer Funktionäre) wird nicht gewährt.

Einzig und allein die Einheitspartei (KPCh) hat laut Verfassung in allem die Entscheidungsgewalt. Und in der Partei wiederum bestimmt eine zahlenmäßig eng begrenzte Führungselite von Bürokraten die Politik. Diese Führung ist völlig abgehoben und abgetrennt von der Basis der Partei und der Bevölkerung. So fanden seit 1949 überhaupt nur vier Parteitage der KPCh statt: 1956, 1969, 1973 und 1979! Der "Nationale Volkskongreß" - das chinesische Parlament - trat bisher nur fünfmal zusammen (zuletzt 1979); zwischen 1965 und 1975 tagte er überhaupt insgesamt zehn Jahre nicht!

Wenn der Parteitag oder der "Volkskongreß" tatsächlich einmal zusammentritt, dann sind die Entscheidungen längst vorher in den obersten Führungszirkeln der Bürokratie getroffen worden; die große Plattform eines Kongresses dient lediglich dem demokratischen Schein, der formalen Absegnung längst gefällter Beschlüsse.

Sowjetunion und China

Es lassen sich also in China noch nicht einmal die primitivsten Elemente einer Arbeiterdemokratie auffinden. Insofern bietet sich das gleiche Bild wie in der Sowjetunion. Es gibt zwischen den beiden Staaten keinen prinzipiellen Unterschied. Beide Staaten ruhen auf dem gleichen, durch und durch bürokratischen, stalinistischen Fundament. Beides sind deformierte Arbeiterstaaten.



Mao beim Besuch einer Fabrik

Ein Unterschied besteht lediglich hinsichtlich des Entwicklungsgrades, den die beiden Systeme jeweils erreicht haben. Während die Sowjetunion inzwischen eine hochindustrialisierte Weltmacht ist, weist China noch immer vergleichsweise rückständige Wirtschaftsstrukturen auf - z. B. arbeiten noch ca- 80% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft.

Je technisierter und komplizierter der volkswirtschaftliche Apparat aber wird, desto wichtiger wird eine umfassende Mitwirkung, Rückmeldung und Initiative aller Beteiligten - besonders der Industriearbeiter -, desto weniger läßt sich dieser empfindliche Apparat im Befehlsston von oben herab steuern. Insofern braucht eine hochindustrialisierte Planwirtschaft die Arbeiterdemokratie wie der menschliche Organismus den Sauerstoff. Kommt es nicht zur notwendigen Verbindung von Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie, dann sind zunehmende Stockungen, Lähmungen, Fehlplanungen und -entwicklungen unvermeidlich.

Dies ist heute die Situation in der Sowjetunion, wo die Bürokratie immer weniger in der Lage ist die Produktivkräfte noch entscheidend weiterzuentwickeln. Sie ist deshalb dort bereits zu einer absoluten Bremse des weiteren Fortschritts geworden.

China dagegen steht erst am Anfang einer umfassenden Industrialisierung und Technisierung. Noch ist die Bürokratie in der Lage, dem überschaubaren industriellen Apparat entscheidende Impulse zu geben. Die in China erzielten Wachstumsraten sind hoch und entspre-

chen denjenigen, die die Sowjetunion in früheren, vergleichbaren Entwicklungsabschnitten erreichte. Noch wirkt die bürokratische Wirtschaftssteuerung in China lediglich als relative Bremse der gesellschaftlichen Entwicklung. Aber mit zunehmendem Fortschritt wird der chinesische Stalinismus an die gleichen Grenzen stoßen, die heute für die Sowjetunion immer deutlich werden. In zunehmendem Maße wird auch die chinesische Bürokratenschicht zum "Klotz am Bein" der Arbeiter und Bauern werden.

Ständiger Zick-Zack-Kurs

Ein weiteres gemeinsames Merkmal sowohl der russischen als auch der chinesischen Entwicklung ist der Zick-Zack-Kurs in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Im Falle Chinas lassen sich die extremen Schwankungen bis in die ersten Jahre der "Volksrepublik" zurückverfolgen. So verkündeten die Führer der KP-China 1949, China stehen eine jahrzehntelange Periode "kapitalistischer Demokratie" bevor; von einer Verstaatlichung der Industrie und der Planung der Produktion ist keine Rede - noch nicht einmal als mittelfristige Perspektive. Vielmehr sei man auf ein Bündnis mit der einheimischen Bourgeoisie nach wie vor angewiesen.

Aber die wirtschaftlichen Erfordernisse sind stärker als die falschen Theorien der KPCh. Schon 1953 beginnt sie mit der beschleunigten Verstaatlichung der Industrie; der erste Fünfjahresplan wird in Gang gesetzt. 1956 verkündet man das "Hinüberwachen der bürgerlich-demokratischen Phase der Revolution in die sozialistische Phase".

1958/59 wird der "große Sprung nach vorn" eingeleitet, eine Kampagne der chinesischen Führung, in der "die Massen wie noch nie aufgerüttelt" werden sollen - und zwar zu einer gewaltigen Steigerung der Produktion innerhalb von "drei Jahren harten Kampfes" (d. h. äußerster Opfer für die Bevölkerung). Die Massen werden beispielsweise aufgefordert, zur Ankerbelung der Eisengewinnung sozusagen in jedem Hinterhof Kleinst-Hochöfen zu errichten.

Aber die irrsinnig überhöhten Planziele stellen eine Überforderung der schon hart arbeitenden Bevölkerung dar. Die Kampagne, die auf drei Jahre angelegt ist, muß vorzeitig als Fehlschlag abgebrochen werden. Die Wirtschaft des Landes erholt sich nur langsam; sogar Mao muß (in Maßen) Selbstkritik üben.

Als Gegenreaktion setzt Anfang der 60er Jahre eine Periode der wirtschaftlichen Liberalisierung ein. Da der Appell an die revolutionäre Begeisterung der Chinesen allein offensichtlich nicht alle wirtschaftlichen Probleme löst, verläßt man sich nun plötzlich auf die Einführung von Marktelementen, erhöhten Lohndifferenzen usw. - Maßnahmen, die zuvor als "kapitali-

stischer Weg" auf das Schärfste angeprangert worden sind. Ehemals als "Rechtsopportunisten" verurteilte Parteifunktionäre werden rehabilitiert.

Kulturrevolution

Die nächste Wendung um 180 Grad läßt jedoch nicht lange auf sich warten. 1966 sieht den Beginn der "Großen Proletarischen Kulturrevolution", einer Großkampagne gegen "kapitalistische Tendenzen" in der Staats- und Parteiführung, die von der obersten Spitze der Bürokratie (vor allem Mao selbst) ausgelöst und weitgehend gesteuert wird.

In der Art eines Bonaparte - eines über der Gesellschaft stehenden, abgehobenen Diktators und obersten Richters - bedient sich Mao bestimmter Schichten der Gesellschaft, in diesem Fall der jugendlichen "Roten Garden" sowie

Arroganz und Korruption in zunehmenden Maße jeglichen Fortschritt in der Wirtschaftsentwicklung. Aus diesem Grund stagniert die Wirtschaft und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst.

Genau wie Stalin in einer ähnlichen Situation entschließt sich Mao zu einem kontrollierten Angriff auf die krassesten Auswüchse bürokratischen Mißbrauchs. Dabei stützt er sich vor allem auf die 22 Millionen-starken "Roten Garden", die das Land auf Geheiß des "Großen Vorsitzenden" mit revolutionärem Fanatismus überziehen überall die Exzesse bürgerlicher Mißwirtschaft anprangern und die Vertreter "kapitalistischer Ideen" aus ihren bequemen Posten verjagen (oft sind davon ganze Parteikomitees der Städte und Provinzen betroffen).

Maos Strategie ist auf die Vernichtung von Auswüchsen auf der unteren und mittleren Funktio-

Machtstrukturen der chinesischen Gesellschaft hat sich nichts geändert. Die Wirtschaft Chinas, die während der Wirren der Kulturrevolution fast völlig zum Erliegen gekommen ist, erholt sich erst nach vielen Jahren langsam wieder von diesem Schock.

Machtkämpfe

Der "Großen Kulturrevolution" folgt bald darauf der "Katzenjammer" in Gestalt einer erneuten Kehrtwendung der chinesischen Führung. Anfang der 70er Jahre schlägt das Pendel wieder eindeutig nach rechts aus: so wird Lin Piao, "Held der Kulturrevolution" und gekürter Nachfolger Maos, wegen eines angeblichen Putschplanes als "bürgerlicher Agent" entmachtet und verdammt (zuvor galt er allgemein eher als "Ultralinker"). Zufälligerweise (?) ist er unmittelbar vorher bei einem Flugzeugabsturz - angeblich auf der Flucht nach Moskau - um's Leben gekommen! Dafür wird der im Verlauf der Kulturrevolution als "Kapitalistenfreund" entmachtete Deng Hsiao Peng wieder voll rehabilitiert.

Hiermit noch nicht genug des ewigen Wechselspiels: Anfang 1976 nach dem Tod Tschou En Lai's, entbrennt erneut eine Kampagne gegen "kapitalistische Tendenzen" in der Führung der Partei. Deng wird zum zweiten Mal entmachtet! Die sogenannte "Viererbände" beginnt, mit dem greisen Mao als Aushängeschild, die Politik zu bestimmen. Wieder einmal hat der "linke" Flügel der Bürokratie das Sagen. Diesmal aber nur für wenige Monate.

Nach Maos Tod setzen sich die Rechtskräfte wieder durch. Die "Viererbände" wird entmachtet und seitdem für alle Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre verantwortlich gemacht. Zum zweiten Mal wird Deng Hsiao Peng rehabilitiert und rückt - neben Hua Guo Feng - an die Spitze von Partei und Staat.

Das ständige Wechselspiel zwischen den maßgebenden Flügeln der chinesischen Bürokratie ist nur ein Ausdruck der instabilen Politik, wie sie für jede abgehobene Führungselite in einem deformierten Arbeiterstaat typisch ist. Wirtschaftliches Abenteuerertum wechselt ab mit Phasen der "Liberalisierung"; extremer Zentralisierung folgt Dezentralisierung. In jedem Fall führt der daraus resultierende Zick-Zack-Kurs zu einer erheblichen Behinderung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Eines steht jedoch fest: die Machtkämpfe zwischen den rivalisierenden Flügeln der Bürokratie haben insofern keinen prinzipiellen Charakter, als sie sich alle nur um die jeweils besten Methoden der Machtausübung streiten, nicht aber um die Existenzberechtigung der Bürokratie als solcher.

Blick nach Westen

Die gegenwärtigen Herrscher Chinas setzen verstärkt auf die Einführung von Marktelementen und Leistungsanreizen. Sie verstärken die Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Westen um beinahe jeden Preis. Die Vertreter ausländischer Konzerne und Regierungsdelegationen geben sich in Peking die Klinke in die Hand. Sie wittern Chancen für profitable Anteile am riesigen chinesischen Absatzmarkt. Coca Cola hält seinen Einzug in die Läden der Städte; Neonreklamen werben für westliche Produkte.

Joachim Henck, Juso-Gruppe Hamburg-Winterhude

Der dritte Teil dieses Artikels erscheint in einer der nächsten Ausgaben: BLICK NACH WESTEN - ABKEHR VON MAO -- REAKTIONÄRE AUSSENPOLITIK -- NATIONALISMUS -- PERSPEKTIVEN.



Der "Nationale Volkskongreß", der in 30 Jahren nur fünfmal tagte

der Armee, um Schläge auszuteilen und gegen andere Schichten, die zu einer Bedrohung der von ihm präsentierten Herrschaftsinteressen geworden sind; hier die unteren und mittleren Ebenen der inzwischen erheblich angewachsenen Bürokratie.

Diese hat immer größere Teile des von der werktätigen Bevölkerung produzierten gesellschaftlichen Reichtums für ihre eigenen Zwecke abgezweigt; sie bedroht durch ihr Parasitentum, ihre

näheebene abgezielt, um die Herrschaft der Bürokratie insgesamt erhalten und sichern zu können. Er verfährt nach der Devise: rechtzeitig kontrollierte Reform von oben, um eine Revolution von unten zu verhindern. Dementsprechend sollen auch die obersten Schichten der Bürokratie nicht in Frage gestellt werden - abgesehen von einigen "Sündenböcken", die man wie üblich aus dem Karussell der Macht herauskatapultiert (z. B. Liu Shao Tschj sowie Deng Hsiao Peng, der heutige starke Mann Chinas).

Die "Revolutionenkomitees" werden überwiegend von oben eingesetzt und stehen in der Regel unter der Führung der Militärs, die laut Mao ausdrücklich von Angriffen seitens der "Roten Garden" verschont bleiben sollen. Allerdings droht die Bewegung zeitweise der Kontrolle durch die oberste Führungselite um Mao zu entgleiten.

Als Teile der entfesselten "Roten Garden" zu weit gehen und die Bürokratie als Ganzes in Frage stellen, werden sie kurzerhand aufgelöst und in die Schulen, Universitäten und Betriebe zurückbeordert. Weigern sie sich, wird sogar in einigen Fällen das Militär gegen sie eingesetzt. Millionen widerspenstiger Jugendlicher werden zur Zwangsarbeit auf's Land geschickt, in die politische Isolation.

Nach insgesamt zwei Jahren ist die Kulturrevolution mühsam gebremst und schließlich abgewürgt. An den grundlegenden

briefe
LESER

Liebe Genossen!

In der Volksrepublik China wird neuerdings die Demokratie buchstäblich an die Wand gestellt - nachdem sie sich zeitweilig auf Mauern in Form von Wandzeitungen ausdrücken durfte. Die chinesischen Mauern, die Träger bezgrenzter kritischer Bemerkungen gewesen sind, gibt es nicht mehr. Sie führten zu "Unruhe" und störten die "Ordnung", hieß es.

Es ist eigenartig, wie in allen diesen bürokratisch beherrschten Staaten nach dem Muster der UdSSR, wo laut Wahlstatistik immer 99,9% der Bevölkerung hinter der Regierung stehen, daß gerade dort die leiseste Kritik an den Herrschenden verschwiegen oder

verboten wird und daß Repressionsmaßnahmen panikartig ausgeübt werden. Mit Strauß kann man sich einigen, mit Nixon über Gemeinsamkeiten sprechen, - mit der eigenen Arbeiterklasse gibt es jedoch für diese Bürokraten nicht sehr viele gleichartige Interessen. Was die chinesischen Funktionäre an meisten fürchten, ist das wachsende Selbstvertrauen und selbstständige Denken der einheimischen arbeitenden Bevölkerung. Und mit Recht. Denn was in der letzten Zeit als Kritik gegen Verletzungen der Menschenrechte in China auf Wandzeitungen angeprangert wurde, ist nur ein zahmer Vorbote der kommenden Interessenskonflikte zwischen Arbeitern und der Bürokratie.

Die Erfahrung aller ähnlichen "sozialistischen" Staaten beweist, wie unentbehrlich die Arbeiterdemokratie ist, um nicht nur die politische Zielrichtung, sondern auch und vor allem die Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Breschnew

und Gierke - könnten Bände darüber erzählen, wie diese Arbeiterstaaten von den Funktionären ausgesaugt und sabotiert werden. Damit würden sie aber sich selbst in Frage stellen. Aber Bürokraten haben Fragen garnicht so gern.

Nur politisch Blinde könnten die ungeheueren Fortschritte übersehen, die China - z. B. im Vergleich zu Indien - gemacht hat, selbst unter bürokratischer Herrschaft. Deswegen setzen wir uns jedoch nicht mit in den Sattel der Bürokratie, die zunehmend diese Staaten ersticken. Auch in China sind die Tage der Bürokraten gezählt. Übermorgen wird die chinesische Arbeiterklasse, zusammen mit den Bauern, sämtliche Mauern niederreißen, die zwischen ihnen und ihrem von den Bürokraten so gefürchteten Ziel noch trennen - Arbeiterdemokratie!

Mit sozialistischen Grüßen
Greg Powell, Hamburg-Altona

USA: Carter am Ende – Kennedy keine Alternative

ZEIT FÜR EINE ARBEITERPARTEI

Die wirtschaftliche Entwicklung der USA und ihr Aufstieg zur imperialistischen Weltmacht sind in ihrem Tempo ohne Parallele in der Geschichte des Kapitalismus. Ein Jahrhundert nach ihrer politischen Unabhängigkeit waren sie selbst noch eine Kolonie, ein weiteres Jahrhundert später stellten sie selbst als der imperialistischen Großmacht Nr. 1 das größte Bruttosozialprodukt (BSP) in der Welt her – doppelt so groß wie das der UdSSR, das in der Weltrangliste an der zweiten Stelle steht.

Bis vor zwanzig Jahren waren die USA mehr oder weniger Selbstversorger was Rohstoffe betrifft. Außerdem waren sie der größte Erzeuger industrieller Waren aller Art, was ihnen von 1893 bis in die 70er Jahre dieses Jahrhunderts hinein stets einen ansehnlichen Überschuss im Überseehandel mit Waren verschaffte. Die Rolle des Dollars sicherte seit der Konferenz von Bretton Woods (1944) die Vormachtstellung der USA auf dem Finanzsektor.

Wirtschaftskrise

Trotzdem waren die USA nicht immun gegen die Krise, die auch die anderen kapitalistischen Staaten beutelte. Der Niedergang des US-Imperialismus vollzieht sich seit einem Jahrzehnt sogar in einem beschleunigtem Tempo. Der Wind hat sich gedreht und alle Zeichen stehen jetzt auf Sturm. Erbitterte Klassenkämpfe stehen auf der Tagesordnung. Tatsächlich haben die letzten Jahre schon zwei nationale Bergarbeiterstreiks gesehen, Streiks der Dicker, der Transportarbeiter, der Lastwagenfahrer, der Drucker, der Lehrer, der Automobilarbeiter und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Bittere Armut

Das stärkste und größte Beispiel einer kapitalistischen Marktwirtschaft verkörpert in konzentrierter Form gleichzeitig auch alle Widersprüche des Kapitalismus in sich. Tür an Tür mit unermesslichem Reichtum und höchstentwickelter Technik hausen an allen Ecken und Enden erschreckende Armut und tiefe gesellschaftliche Gegensätze. Das Land des Wohlstands, der Freiheit und der unbegrenzten Möglichkeiten ist auf ein Fundament von 25 Mio. Ärmster aufgebaut, von denen 42% aus Familien bestehen, deren Oberhaupt arbeitslos ist. Für die Minderheiten der Schwarzen, der Indianer und der Puertoricaner und für Millionen von Arbeiterfamilien bedeutet Amerika das genaue Gegenteil der oben zitierten Propagandalüge.

Carter am Ende

Jimmy Carter wurde im November 1976 zum Präsidenten gewählt, indem er mit süßen Versprechungen die Armen, die Schwarzen und die Gewerkschaften für sich köderte. Er und seine Werbefachleute zeichneten ihn als einen schlichten, hausbackenen Familienvater, der jeden Tag dreimal betet und ein Herz für das Volk hat. Sein Programm war voll von Versprechungen aber leer von jeglichen Lösungen. Trotzdem wurde er ins Amt gewählt; die Wirtschaftskrise zuhause, der Krieg in Vietnam und die Watergate-Skandale machten es unmöglich, daß ein Republikaner gewinnen konnte.

Jetzt sieht sich Carter Herausforderungen bezüglich der nächsten Präsidentschaftswahlen gegenübergestellt, nicht nur aus dem republikanischen, sondern auch aus seinem eigenen, dem demokratischen Lager. Ironischerweise zieht heute Edward Kennedy mit einer bis aufs Komma gleichen Art von Propaganda durch die Staaten, wie es Carter ihm vier Jahre zuvor erfolgreich vormachte.

Eine Meinungsumfrage in Juni ergab unter der Wählerschaft nur 19% Anhänger für Carter. Das ist noch weniger, als selbst Nixon in seinen schlechtesten Zeiten! Die Versuche, Carter als den "Weltfriedensengel No. 1" hinzustellen, sind fehlgeschlagen. Auch seiner häufigen Presseerklärungen und seine unzähligen "Fernsehansprachen an die Nation" beeindruckten niemanden mehr. Davon hat er ohnehin mehr über die Bildschirme gebracht, als jeder Präsident vor ihm. Doch für die amerikanische Arbeiterklasse sind schöne Worte nicht genug. Sie will Taten sehen – oder sie tritt bald selbst in Aktion!



Noch unterstützen die Gewerkschaften die Demokratische Partei...

Löhne sinken

Der Staatshaushalt für 1980 läuft nur fünf Wochen vor den Wahlen ab. Er gibt jedenfalls keinen Anlaß zur Erleichterung: "konservativ bei den Sozialausgaben, liberal bei den Rüstungsausgaben" – so beschrieb ihn eine Zeitung. Die Lohn- und Preiskontrollen wirkten nur, was die Löhne betrifft. Die Inflation stieg (mit gegenwärtig 14%) auf den doppelten Stand gegenüber 1975 an. Die Lohnbeschränkungen von 7% (jetzt 8%) trug mit dazu bei, daß die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten auf das Niveau von 1965 zurücksank. Alleine im Jahre 1979 sanken die Reallöhne um 4,3% gegenüber dem Vorjahr. Die erste Jahreshälfte von 1979 sah den steilsten Anstieg der Inflationsspirale seit der Preisexplosion von 1950/51.

Wirtschaftspolitik versagte

Seit zehn Jahren ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr unter die 7%-Marke gesunken. Die Kreditverknappung und die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben werden die Lage noch verschärfen. Carters eigener Sohn – dazu herausgefordert, einmal einige Zeit von dem offiziellen Sozialhilfesatz zu leben – fand zu seinem Erstaunen heraus, daß er und seine Familie nicht in der Lage waren, sich von etwas anderem als von Tee, Kartoffeln und Brot zu ernähren. Sie konnten sich nicht einmal Kaffee leisten! Aber Millionen von Amerikaner sind gezwungen, auf diese Weise zu "leben". Die erbärmliche Sozialhilfe, die sie heute noch erhalten, wird durch das Sparprogramm der Regierung noch weiter zusammengestrichen!

Doch die Rüstungsausgaben betragen immer noch 8% des Bruttosozialprodukts, das sind 24% des Staatshaushalts. Carter hat zwar das Haushaltsdefizit von 66 Mrd. Dollar (1976) auf 37,5 Mrd. Dollar (1979) heruntergeschraubt, aber

das geschätzte Defizit wird 1980 immer noch 29 Mrd. Dollar betragen. Das ist das Erbe, das von der keynsianischen "Politik auf Pump" früherer Regierungen herrührt. Mit dieser Politik hat Carter Schluß gemacht. Kennedy allerdings will wieder damit anfangen. Denn Carters Geldverknappungspolitik hat in Wirklichkeit nichts bewirkt. Das versprochene Wachstum von 5,5% des Bruttosozialprodukts wurde nicht erreicht, 1979 betrug es nur 3,3% und für 1980 wird es auf kaum 2,5% geschätzt. Der fallende Dollar-Kurs hat zwar die amerikanische Exporte verbilligt, jedoch andererseits die Inflation im Inland beschleunigt.

Macht der Großkonzerne

Der Ex-Präsident Harry Truman äußerte einmal, daß kein amerikanischer Präsident wiedergewählt werden könnte, der nicht die Unterstützung der Ölkonzerne hat.

Er drückte damit nur die Tatsache aus, daß selbst der sogenannte "mächtigste Mann der Welt" nur so viel Macht in den Händen hält, wie es ihm das amerikanische "Big Business" erlaubt. Die 106 größten Konzerne besitzen 48% der US-Industriekapazität, die 600 größten haben 70%! 80% aller Aktien sind im Besitz von nur 1% aller Aktienbesitzer. Die Macht der wirtschaftlichen Kreis ist enorm und hochkonzentriert.

Carters vieldiskutiertes "Energiesparprogramm" besteht deshalb im Endeffekt nur darin, Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen mit vielen Steuergroschen zu subventionieren. Allerdings liegen alle Patentrechte für solche alternativen Energien bei den "7 Schwestern", den großen Ölkonzernen. Außerdem griff er die OPEC und die arabischen Staaten an und "kürzte" die Ölimporte auf



Carter: Viele Versprechungen, keine Lösungen

8,2 bis 8,5 Millionen Barrel täglich. Was Carter allerdings verschwieg: die laufenden Ölimporte lagen ohnehin nur bei 8,145 Millionen Barrel täglich und werden während der kommenden Rezession weiter sinken. Und 65% aller "Petro-Dollars" fließen in die Taschen US-amerikanischer Multis, und nicht in die der Araber....

In anderen Worten: eine mögliche "Energiekrise" wird durch politische Niederlagen der USA im Iran (und Mexico) verursacht. Die finanzielle Belastung der Wirtschaft durch das Öl ist eine ganz andere Frage....

Doch weder Carter noch Kennedy sind bereit (trotz all ihres schönen Wortgeklingels), die Macht des "Big Business" anzutasten. Dieses scheffelt in der Vergangenheit fette Profite und baute gigantische industrielle Imperien auf, aber heute sind seine Investitionen um 2/3 niedriger als in der BRD und um 50% geringer als in Japan. Deshalb ist auch der Produktivitätszuwachs von 3% jährlich (im Durchschnitt der letzten 20 Jahre) auf heute 1,1% gefallen.

Autoindustrie

Die Vervierfachung der Ölpreise 1973/74 traf mit dem einsetzenden Rückgang der Weltwirtschaft und des internationalen Handels zusammen. Dies versetzte der Automobilindustrie einen schweren Schlag. Gegenwärtig zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Die Überkapazitäten werden mit Massenentlassungen abgebaut. Schon in der letzten Krise wurden 250.000 Automobilarbeiter gefeuert. Diese früher unerschütterlich scheinende Industrie, die 1978 mehr als 15,4 Mill. Fahrzeuge ausstieß, 14 Mill. Arbeitsplätze beschaffte und mehr als 100 Mill. Dollar an Lohngehältern auszahlt, steht heute vor einem katastrophalen Abgrund.

Vor allem die Arbeiter müssen es ausbaden – ganze Fabriken werden demontiert, und viele "Autostädte" haben bereits Arbeitslosenquoten von 20%. General Motors, Chrysler, American Motors und Ford erwarten von ihrem Export nach Europa dieses Jahr nur 300.000 Verkäufe (davon alleine 200.000 von General Motors). Das ist weniger als eine Tagesproduktion!

Ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so katastrophales Bild bieten andere Industriezweige. Der Export-Anteil des Bruttosozialprodukts beträgt ohnehin nur 2,5%, wobei in Zukunft ein weiteres Sinken dieser Exportrate erwartet wird. Zusätzlich hat z.B. Chrysler, der zehntgrößte industrielle Produzent der USA, alle seine europäischen Besitzungen an Peugeot verkauft, um die 78er Verluste von 204 Mill. Dollar loszuwerden.

Gewerkschaften

In dieser Situation sind die US-Gewerkschaften gezwungen, den Kampf wieder aufzunehmen. Nach Jahrzehnten des Mißkredits, in denen sie fest im Griff mafia-ähnlicher Bürokratenbonzen waren, ist jetzt ein Prozeß in Gang gekommen, der die Gangster-Typen "heraussäubert". In der UMW (Bergarbeitergewerkschaft) hat dieser Prozeß bereits begonnen. Ihr früherer Präsident Boyle wurde dieses Jahr zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er seinen Gegenkandidaten Yablonski ermorden ließ.

1935 wurde der "Congress of Industrial Organisation" (CIO) gegründet. Dieser Gewerkschaftsverband entstand aus den erbitterten Kämpfen der damaligen Zeit heraus, weil die "American Federation of Labour" (AFL) nicht bereit war, den Kampf gegen die Konzernherren aufzunehmen. Die CIO bot damals die benötigte Alternative.

Eine ähnliche Periode der Auseinandersetzungen steht der amerikanischen Arbeiterklasse jetzt wieder bevor. Reaktionäre Anti-Gewerkschafts- und Anti-Streik-Gesetze sollen sie zurückhalten.

Streikende Arbeiter müssen gegen privat angeheuerte Armeen von Streikbrechern und Revolverhelden, gegen die Bundespolizei und die Nationalgarde kämpfen. Hinzu kommt der verknöcherte Konservatismus ihrer Gewerkschaftsführer. Die Kämpfe beginnen erst jetzt, sich richtig zu entwickeln – angetrieben von den Grundbedürfnissen nach einem Arbeitsplatz und einem angemessenen Lebensstandard.

Arbeiterpartei notwendig

John Lewis, Gründer der CIO, war schon 1940 gezwungen zu sagen: "Eines Tages werden die Leute in diesem Land das Vertrauen zu den bestehenden politischen Parteien in einem solchen



Kennedy: Zum Scheitern verurteilt

Maße verlieren, daß sie ihre eigene Partei gründen werden." Nur wenige Monate danach verfolgten 25-30 Millionen Zuhörer am Radio, wie er diese Erklärung wieder zurückzog. Auch heute manövriert die Gewerkschaftsführer wieder auf die gleiche Weise. Vor 18 Monaten wurde von verschiedenen Gewerkschaftsführern ein Aufruf verfaßt, der zur Gründung einer amerikanischen Arbeiterpartei aufforderte. Viele von ihnen gehen jetzt vor Kennedy in die Knie – doch auch vom Mythos der Kennedy-Familie läßt sich nicht ewig zehren.

Die Entwicklungen in der amerikanischen Gesellschaft werden auch in den Gewerkschaften Veränderungen erzwingen. Die Arbeiter werden feststellen, daß die Gewerkschaften die einzigen Waffen sind, um sich zur Wehr zu setzen, genauso wie sie 1935 die Notwendigkeit erkannten, die CIO aufzubauen. Diese verschmolz sich 1955 mit der AFL zur AFL/CIO. Seither war George Meany, ein tollwütiger Antikommunist, ihr Präsident. Vor wenigen Wochen wurde dann Lane Kirkland sein Nachfolger, der das kapitalistische System genausowenig in Frage stellt wie Meany. Er beabsichtigt sicher keine Veränderungen – trotzdem wird es sie geben – der Führung abgerungen durch die beharrlichen Kämpfe einer Mitgliedschaft, die in einem gesamtgesellschaftlichen Prozeß der Gärung und Radikalisierung den Organisationsgrad auch bald wieder über die 25%-Marke treiben wird.

Vor 40 Jahren war es John Lewis zu gefährlich, weiterhin mit der Gründung einer Arbeiterpartei zu drohen, weil er sonst hätte Ernst machen müssen. Aber früher oder später wird diese Idee wieder ein breites Echo hervorrufen. Denn gewerkschaftliche Kämpfe allein werden weder die Krise beenden noch die Erfüllung der Reformversprechen Kennedys erzwingen. Politische Aktionen sind notwendig, als logische Folge und Verallgemeinerung gewerkschaftlicher Kämpfe.

Die amerikanischen Arbeiter brauchen eine Partei, die für ihre Interessen kämpft, und sie werden dieses Werkzeug schaffen durch die Gründung einer Arbeiterpartei, die mit den Interessen des Kapitals brechen muß. Sie braucht ein Programm der Verstaatlichung der Großindustrie und der Schaffung einer Arbeiterdemokratie, ein Programm der sozialistischen Umwälzung der amerikanischen Gesellschaft.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT - KRANKHEIT DES KAPITALISMUS

Ob Schüler, Student, Lehrling, Arbeitender oder Arbeitsloser - jeder bekommt mehr oder weniger die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu spüren: erhöhte Anforderungen, verstärkte Auslese und steigender Konkurrenzkampf, unsicherer Arbeitsplatz, größere Arbeitslosigkeit oder Niedergeschlagenheit, wenn der 15. Ablehnungsbescheid ins Haus flattert. Wer vor einigen Jahren noch ohne weiteres einen Ausbildungsplatz erhalten hätte, der kann heute vom Arbeitsamt als "schwer vermittelbar" oder "berufsunreif" bezeichnet werden.

Arbeitslos zu sein, bedeutet für Jugendliche finanzielle Abhängigkeit von den Eltern, da die wenigsten Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe haben oder das zugrundegelegte Einkommen sehr gering ist. Nach "Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" haben nur zwei Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen irgendwann Arbeitslosengeld oder -hilfe bezogen. Drei Viertel wurden zusätzlich oder ausschließlich von Eltern und Verwandten, bzw. Ehepartnern unterstützt. Bei Sozialhilfe wird das Einkommen der Eltern zugrunde gelegt. Wie soll man von einem Regelsatz von 261,- DM bzw. 290,- DM plus Miete (für Bayern) leben können.

Arbeitslosigkeit schränkt die Lebensmöglichkeiten der Jugendlichen ein. Arbeitskollegen fehlen, und bis auf die Kneipe nebenan bleiben arbeitslose Jugendliche oft isoliert. Sie haben zwar Zeit, aber wenig Geld, im Gegensatz zu den meisten ihrer Freunde; sie können bei den verschiedenen Freizeitmöglichkeiten einfach nicht mehr mithalten.

Das Arbeitsamt kann nur Stellen vermitteln, wenn Angebote der Unternehmer vorhanden sind. Allenfalls schiebt es Jugendliche in "Fortbildungsmaßnahmen" ab.



Für viele beginnt der "Sprung ins Leben" im Arbeitsamt.

Sicher: der einzelne hat mit einem höher qualifiziertem Abschluß auf dem Arbeitsmarkt größere Chancen, doch insgesamt erhöht die Weiterbildung der Jugendlichen nicht das Angebot an Lehrstellen oder Arbeitsplätzen. Am Ende bleiben wieder genausoviele übrig, die mit leeren Händen dastehen. Denn das Lehrstellenangebot wird nicht nach den Bedürfnissen der Jugendlichen oder der arbeitenden Bevölkerung bestimmt, sondern durch die wirtschaftlichen Bedingungen der Betriebe, die profitorientiert arbeiten.

Viele Bildungsmaßnahmen haben eindeutig "Aufbewahrcharakter". Das Berufsgrundschuljahr (BGJ) sollte ursprünglich auf die betriebliche Ausbildungszeit angerechnet werden und der Spezialisierung entgegenwirken. Die Betriebe boykottierten jedoch die Anerkennung des außerbetrieblichen BGJs und prompt wurde 1978 die Anrechenbarkeit auf sechs Monate beschränkt. Viele Jugendliche verschwiegen sogar, daß sie ein BGJ

angeleistet haben, da sie sonst noch weniger Chancen sehen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Trotzdem haben Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz dem Ausbau des BGJ Vorrang eingeräumt und bundesweit sollen die bisherigen 34 000 Plätze (77/78) bis 1982 auf 90 000 Plätze ausgebaut werden. Im Schuljahr 78/79 liegt die Zahl der Schüler schon um 40% höher als im Vorjahr.

Ebenso erweitert werden sollen die bisher 32 000 Plätze des "Berufsvorbereitungsjahrs" oder des "Berufsvorbereitungsjahrs in Sonderformen". Das bedeutet: die Jugendlichen besuchen eine Schule, für die es weder einheitliche Lehrpläne gibt, noch irgendeine Abschlußqualifikation für den Absolventen - dafür werden die Jugendlichen von ihrer Berufsschulpflicht (gesetzlich vorgeschrieben bis zum 18. Lebensjahr) entbunden und so zu verfügbaren und billigen Hilfsarbeitern gemacht!

In letzter Zeit sind wieder sogenannte "Erfolgsmeldungen" zu hören: die Arbeitslosenzahl ist zu-

rückgegangen! (... um beim nächsten Konjunkturtief wieder anzusteigen.) Doch selbst bei einem Wirtschaftswachstum von 3,5% für die nächsten Jahre müßte bis 1985 mit 2,5 Mio. Arbeitslosen und 3,8 Mio. nichtbeschäftigten Erwerbspersonen gerechnet werden - wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt wird.

Durch die Statistik sind außerdem oft nicht einmal die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen erfaßt. Schon durch die Definition "arbeitslos" (=wer in keinem Arbeitsverhältnis steht UND dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht) werden viele nicht registriert (z. B. ein Jugendlicher, der eine Lehrstelle sucht und nicht breit ist, eine Hilfsarbeiterstelle anzunehmen!) Als "jugendlich" werden nur Mädchen und Jungen unter 20 Jahren ausgewiesen, so daß nach - offiziellen - internationalen Statistiken noch 154 000 Jugendliche zwischen 20 und 25 Jahren hinzukommen. Ebenfalls nicht aufgeführt werden:

- * arbeitslose Jugendliche, die zweimal einem Vermittlungsangebot nicht nachgekommen sind;
- * arbeitslose Jugendliche, die sich nach vergeblicher Suche aus Verlegenheit für eine weiterführende Schule entschieden haben;
- * Teilnehmer an berufsvorbereitenden Lehrgängen der Arbeitsämter (bis zu 40 000 Jugendliche pro Jahr, von der Bundesanstalt für Arbeit zwar finanziert, aber nur unter formalen Gesichtspunkten kontrolliert, obwohl die Absolvierung eines solchen Lehrgangs keine Gewähr dafür bietet, anschließend eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu erhalten und keinen beruflichen Abschluß bietet);
- * Jugendliche, die sich nicht beim Arbeitsamt gemeldet haben, da sie keine Leistungen zu erwarten haben und auf eigene Faust eine Stelle suchen, oder arbeitslose

Mädchen, die im Haushalt und bei der Kindererziehung mithelfen;
* jugendliche Ausländer, die keine Arbeit gefunden haben, deren Aufenthaltsgenehmigung dann nicht verlängert wurde und in ihre Heimatländer zurückgehen müssen;
* Jugendliche, die zur Bundeswehr eingezogen werden, Zivildienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr ableisten.

So betrug die offizielle Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Mai 76 85 000 - nach Untersuchungen des Soziologischen Forschungsinstituts in Göttingen jedoch 185 000!

Doch auch wer einen Arbeitsplatz findet, hat keine Garantie danach in ein Arbeitsverhältnis übernommen zu werden oder überhaupt im erlernten Beruf arbeiten zu können. 1977 wurden fast 40% aller Auszubildende im Handwerk abgeschlossen. In den Handwerksbereichen, in denen '78 am stärksten ausgebildet worden war, war bereits '77 teilweise mehr als jeder Dritte ein Azubi. Besonders in Kleinbetrieben werden Jugendliche als billige Arbeitskräfte ausgenutzt - und nach Ende der Lehrzeit entlassen. 1977 hatte nur ein Drittel der Arbeitslosen eine berufliche Qualifikation.

In einigen Großbetrieben erhalten die Jugendliche zwar eine qualifiziertere Ausbildung, jedoch ist diese meist sehr spezialisiert und auf die Bedürfnisse des ausbildenden Betriebes zugeschnitten.

Auch weiterhin werden Jugendliche und nicht nur sie, arbeitslos sein, - wenn sie sich nicht gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung wehren. Umso bedauerlicher ist es, daß bis heute noch nicht alle Gewerkschaften arbeitslose Jugendliche aufnehmen.

Die Gewerkschaften müssen arbeitslosen Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich zu organisieren und mit den arbeitenden zusammen zu kämpfen; zu kämpfen für einen monatlichen Betrag von 700,- DM für jeden Jugendlichen, der mindestens um die jährliche Preissteigerungsrate erhöht werden sollte und für jeden Jugendlichen über 18 Jahre 1400,- DM.

Karin Dollmeier, Nürnberg

AEG-KONZERN VERSTAATLICHEN!

"Der Fall AEG wird privatwirtschaftlich gelöst." Dieser Meinung ist Hans Friderichs, Chef der Dresdner-Bank und zukünftiger Aufsichtsratsvorsitzender des AEG-Konzerns.

Für die Arbeiter bedeutet diese Lösung den Verlust von 13.000 Arbeitsplätzen, durchschnittlich jeder zehnte der rund 130.000. Es könnten sogar noch etwas mehr werden, denn diese Zahl ist nur eine "Orientierungsgröße" und, so Günter Jehmlich (Personalchef bei AEG): "Rationalisierungen wird es immer geben!"

Worum geht's? Verluste in Höhe von über 1 Milliarde ließen den Führungskreis des Konzerns zu einer radikalen Greifen, wie sie bisher noch nie in der Geschichte der BRD vorgekommen ist.

Mit einem von Walter Cipa (letzter Manager von AEG) vorgelegten Sanierungskonzept soll jetzt der Konzern wieder profitabel gemacht werden. Zurückzuführen ist dieses Konzept auf einen Produktivitätsvergleich mit anderen Unternehmen in derselben Branche. Ergebnis: Die Konkurrenten sind mit weniger Beschäftigten weitaus produktiver und liegen mit ihrer Warenproduktion viel besser im Rennen als AEG. Folge: Da im Kapitalismus die Konkurrenzfähigkeit über Leben und Tod eines Unternehmens entscheidet, soll dieser Vorsprung der andren jetzt aufgeholt werden - auf dem Rücken der Arbeiter. Profit geht in der Marktwirtschaft schließlich vor.

So sind in diesem Jahr bereits 6.000 Stellen im Inland und 700 im Ausland gestrichen worden. Jetzt sollen noch einmal 2.200 Arbeitsplätze in der Verwaltung abgebaut werden. Bis 1980 werden noch einmal 13.000 Arbeiter entlassen, wobei 8.700 Stellen schon heute eindeutig feststehen.

Es dauerte nicht lange, bis die Arbeiter in den AEG-Werken ihren Unmut zum Ausdruck brachten: In Essen demonstrierten 1 000 Beschäftigte gegen die Massenentlassungen.

In Hannover gingen 3 000 Arbeiter auf die Straße.

Man wollte endlich Klarheit über das Ausmaß der Situation bei AEG haben. Denn nicht einmal die Gewerkschaftsvertreter wurden bei der Erstellung des Sanierungsplans angehört.

Dieses Fehlverhalten ließ die Spitzengewerkschafter erst wirklich aktiv werden. Georg Benz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft begrüßte nachträglich die Protestdemonstrationen und Warnstreiks von Beschäftigten in der Vergangenheit. Er unterstrich, daß die Arbeitnehmervertreter ihre gegensätzliche Meinung geäußert hätten. Ferner sei mit dem Widerstand der Gewerkschaft gegen die Massenentlassungen zu rechnen.

Jetzt warten Tausende auf die Einlösung dieses Versprechens. Doch vorläufig, so Benz, "ist es noch zu früh, um beurteilen zu können, wie wir vor Ort vorgehen

werden." Viele Arbeiter werden sich fragen, was eigentlich noch passieren muß, bis ihre gewählten Vertreter ein geschlossenes Konzept gegen die Sanierungspläne ausarbeiten, das auch wirklich die Entlassungen verhindern kann.

Der bisher befolgte Weg der Gewerkschaftsführer scheint mehr als fraglich:

So wurde dagegen geklagt, daß der Aufsichtsrat seine Informationspflicht vernachlässigt habe und die Gewerkschaft etwas im Dunkeln tappen ließ.

Man möchte eine Analyse, aus der hervorgeht, in welchen Bereichen der Personalabbau unternehmenspolitisch sinnvoll ist.

Während die IGM-Spitzengewerkschafter auf diese Analyse warten, haben die AEG-Werke in aller Welt die Anweisung, den Personalbestand um 10% zu verringern!

Aus einem Gespräch zwischen Finanzminister Matthöfer (SPD) und Friderichs (Dresdner Bank) ging hervor, daß die Regierung sicherstellen solle, daß AEG weiterhin Forschungsgelder und Rüstungsaufträge erhalte. Weiterhin möchte er, Matthöfer, bei Eugen Loderer (1. Vorsitzender der IG-Metall) versprechen und sich darum kümmern, daß die Gewerkschaft bei der anstehenden Sanierung nicht noch unnötig "querschieße". Matthöfer versprach in allen Fragen "Hilfe".

Die Arbeitsplätze bei AEG sind nur dann aufrechtzuerhalten, wenn die IG Metall ihre Mitglieder

Die AEG-Arbeiter haben begonnen, sich zur Wehr zu setzen.



mobilisiert. Sie darf nur auf ihre eigene Stärke vertrauen - und nicht auf die Einsicht von Unternehmern und Regierungsstellen hoffen.

Damit diese Kraft richtig eingesetzt werden kann, muß man klare Forderungen aufstellen. Hierzu ist es notwendig, die Ursache für die AEG-Krise aufzuzeigen. Sie ist nicht nur darin zu sehen, daß das AEG-Management über Jahre hinweg Fehlentscheidungen getroffen und daher den Anschluß an die Entwicklung verpaßt habe.

Fälle wie AEG werden in "unserer" Marktwirtschaft immer wieder - und in Zukunft immer öfters - vorkommen. Ihre "Fehler" spiegeln nur das brutale Gesetz der Konkurrenz wider, das den Kapitalismus beherrscht: den letzten beißen die Hunde! Hätte es nicht die AEG mit ihrem derzeit eben "schlechtesten" Management getroffen, dann hätte ein anderer Betrieb und seine Beschäftigten dran glauben müssen.

Wieder einmal hat es sich gezeigt, daß die Unternehmer und ihr System unfähig sind, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die "soziale" Marktwirtschaft bedroht die Existenzgrundlage von über 13 000 Familien. Dem kann nur eine geplante Wirtschaftsordnung unter demokratischer Arbeiterkontrolle einen Riegel vorschieben.

Die Gewerkschaft muß dafür kämpfen, daß AEG verstaatlicht wird und unter Kontrolle eines Gremiums gestellt wird, das folgendermaßen zusammengesetzt sein sollte:

- * Zu einem Drittel Vertreter der Belegschaft
- * Zu einem Drittel Vertreter aller DGB-Gewerkschaften
- * Zu einem Drittel Vertreter des Staates.

Ingolf Becker, SPD-Mitglied

VORAN

LEHRERSTREIKS FÜR 35-STUNDEN-WOCHE

Der ursprüngliche Gedanke hinter dem Beamtengesetz war sowohl im alten Preussen wie auch in der Bundesrepublik, einen Teil der Bevölkerung durch Privilegien und Sicherung der Arbeitsplätze von der Arbeiterklasse abzusondern. Die Staatstreue und Zuverlässigkeit der Beamten sollte zusätzlich durch Streikverbot sichergestellt werden. Dieser Grundgedanke ist in den letzten Monaten ziemlich ins Wanken geraten. Der Grund dafür? Bei den Lehrern, wie bei anderen Arbeitern, wird jetzt demonstriert und gestreikt.

Tatsachen und Vorurteile

Von der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit, die anderen Arbeitern (auch anderen Beamten) in den letzten 20 Jahren zugestanden worden sind, haben die Lehrer bis jetzt nichts mitgekriegt. Deshalb legten Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 13. November in Hamburg, Niedersachsen und Hessen für zwei Stunden die Arbeit nieder, um ihrer Forderung für Arbeitszeitverkürzung Nachdruck zu verleihen.

Wie kam es dazu, daß Lehrer, einst Rückgrat des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, zu solchen radikalen Maßnahmen greifen?

Ein gängiges Vorurteil gegen Lehrer lautet: wer eine Lehrerausbildung gemacht hat, kann sich einer gesicherten und wohlgenährten Existenz erfreuen. Die Tatsachen: jeder zehnte Lehrer in der BRD war zu Schuljahresbeginn '79/80 arbeitslos oder gezwungen ermaßen "Kurzarbeiter". Im Vergleich zum Vorjahr sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit um 40% gestiegen. In Hamburg gibt es 1000 arbeitslose Lehrer; wenn die bisherige Einstellungspraxis (und die sich daraus ergebenden hohen Klassenfrequenzen) fortgesetzt wird, stehen 1985 in Hamburg 6000 arbeitslose Lehrer auf der Straße. Der "glückliche" Kurzarbeiter mit

einem 13-Stunden-Vertrag bekommt 870,- brutto (ca. 600,- netto) also weniger als der, der einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hat: nämlich 950,- DM.

Steigende GEW-Mitgliederzahl

Das Ergebnis des aufgestauten Unmuts der Lehrer über die Weigerung der Arbeitgeber (die Länder), auf die Forderungen einzugehen: Am 11. Oktober demonstrierten 6000 Lehrer durch die Hamburger Innenstadt. Dann erfolgte



eine Urabstimmung über einen Warnstreik - 81% sprachen sich dafür aus! Am 13. November fand der Streik statt. 5000 Lehrer waren bei der Protestversammlung im überfüllten Auditorium Maximum der Universität Hamburg, 10 000 in Hessen und Niedersachsen.

In der Woche vor dem Streik traten allein in Hamburg 500 in die GEW ein - ein Beweis dafür, daß eine aktive kämpferische Gewerkschaft auch eine wachsende Mitgliederzahl aufweisen können.

Solidarität ist notwendig

Die Arbeitgeber versuchten, die Lehrer einzuschüchtern. So wurden in Niedersachsen sieben Mitglieder des GEW-Landesvorstandes von der Regierung Albrecht suspendiert, in Hamburg wurden Beamtenurkunden für neu eingestellte Lehrer, die sich am Streik beteiligt hatten, zurückgehalten. Trotz des Versuchs der bürgerlichen Medien, die Bevölkerung gegen die Lehrer aufzuheizen, konnte der Streik durchgeführt werden. Dabei stieß er keineswegs auf Feindseligkeit seitens der Arbeiterbewegung. Nicht nur Eltern und Schüler, son-

dern auch zahlreiche andere DGB-Gewerkschaften und Betriebsräte bekundeten ihre Solidarität.

Für die 40-Stunden-Woche!

Offensichtlich hat sich eine Wende in der Geschichte der Lehrerschaft vollzogen. Die Lehrer lassen sich nicht mehr alles gefallen.

Wenn für andere Arbeitnehmer die 40-Stunden-Woche gut genug ist, und manche Gewerkschaften schon für die 35-Stunden-Woche kämpfen, darf auch den Lehrern nicht länger eine 48-Stunden-Woche zugemutet werden!

Die GEW muß jetzt systematisch von den anderen Gewerkschaften verstärkte Solidarität verlangen - und bekommen! Ebenso wichtig ist es, daß innerhalb der SPD die Lehrer Unterstützung erhalten. Es reicht aber nicht aus, wenn einzelne Ortsvereine sich solidarisch erklären. Praktisch unterscheiden sich Schulbehörden in SPD-regierten Ländern kaum von denen der CDU-Länder in ihrer Bereitschaft, die Arbeitszeit der Lehrer zu kürzen. Wir fordern jeden Sozialisten in der Partei auf, sich für die Sache der Lehrer einzusetzen.

- * Keine Klasse über 25 Schüler!
- * Kein Unterrichtsausfall!
- * Einstellung aller arbeitslosen Lehrer!
- * 24 Unterrichtsstunden/40-Stunden-Woche!
- * Arbeitszeitverkürzung - auch für Lehrer!

Von einem Hamburger GEW-Mitglied

WORUM GEHT'S BEIM NDR?

Am Anfang stand Brokdorf - oder besser: die Berichterstattung über dieses Ereignis im NDR. Weil engagierte Funk- und Fernsehreporter berichteten, wie brutal die Polizei noch kilometerweit abziehende AKW Demonstranten verfolgte und mit Tränengas aus Hubschraubern bombardierte, sprach Ministerpräsident Stoltenberg aus Schleswig-Holstein von einseitiger Berichterstattung, die er nicht mehr hinnehmen werde. Er handelte sehr bald: Der Staatsvertrag über den NDR, an dem Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen beteiligt sind, wurde von ihm gekündigt. Stoltenberg wollte damit noch nicht den NDR zerstören - er wollte nur viel mehr CDU in dem "roten NDR, mit seinem einseitigen, durch monotonen Marxismus bestimmten" Programm.

Er griff auch Kritikpunkte auf, die schon lange, auch linken Beobachtern, am NDR mißfallen. Da ist vor allem der bürokratische Wasserkopf der Anstalt und die gewaltigen Kosten, die der Sender durch viel zu üppige unnütze Ausgaben anhäuft. (Seit 1975 sind die Schulden des NDR auf 200 Mio. DM gestiegen.) Dazu bemängelte Stoltenberg, daß über die niedersächsische und schleswig-holsteinische Provinz viel zu wenig im Hamburg lastigen NDR zu hören wäre. Aber diese, zum Teil berechtigten, Kritikpunkte hätten bei ehrlichem Bemühen sicher ausgeräumt werden können. Der wirkliche Grund für den Angriff auf den NDR lag in der für die CDU unangenehmen Pressefreiheit, die einige kritische Redakteure für sich in Anspruch nahmen.

Stoltenberg wollte vor allem den Verwaltungsrat des NDR zu Gunsten der CDU umbesetzen. Dieses Gremium entscheidet personalpolitische Fragen des Senders - wer darf wo und in welcher Position im Funk oder im Fernsehen etwas sagen - und es ist Aufsichtsorgan über den Intendanten.

Bisher war der Verwaltungsrat mit je vier Mitgliedern der SPD und CDU besetzt, Stoltenberg wollte diese Besetzung zugunsten der CDU verschieben, weil ja in zwei "NDR-Ländern" nun seine Partei regie.

Albrecht will Springer-Funk

Doch da trat ein Mann auf die Szene, der das NDR-Problem mit einer geradezu straußischen machtpolitischen Brutalität anging, die man ihm bis dahin garnicht zugebraut hätte: Der Strahlemann Albrecht verlangte ein eigenes "Radio Niedersachsen", sowie den Verzicht auf das im Dreiländer-Vertrag festgeschriebene öffentlich-

rechtliche Sendemonopol des NDR. Das heißt, er möchte, daß sich private Fernsehsender in Niedersachsen etablieren können. Da war er heraus, der große Wunschtraum vieler konservativer Politiker, denn sie wissen, daß solche Unternehmungen nur von den bekannten Medienriesen oder deren Strohmannern durchgeführt werden könnten - also Springer, Burda, Bertelsmann. Alles Medienkonzerne, deren politische Vorstellungen Herrn Albrecht sehr willkommen sind.

3000 Arbeitsplätze beim NDR

Die Zerstörung des NDR, durch Stoltenberg begonnen, durch Albrecht mit beispielloser Brutalität fortgesetzt - "Amoklauf!", so die rechtsliberale 'Zeit' - baut nicht nur die sowieso schon angeschlagene Pressefreiheit in der Bundesrepublik weiter ab, sondern versetzt

die über 3000 Mitarbeiter in große Existenzangst.

In Resolutionen, auf Betriebsversammlungen, auf Flugblättern und bei Demonstrationen kämpften die Beschäftigten, unterstützt vom DGB, gegen die Zerschlagung ihres Senders. Am 24. September wurde in Hannover ein "Tag des NDR" ge-

feiert, Tausende von Besuchern drängten sich um die Journalisten und erlebten hautnah, wie die beliebte Vormittagssendung "Von neun bis halb eins" produziert wurde. Über allem lag die Parole, die für die Erhaltung des NDR kämpften: "Drei Länder - Ein Sender".

Doch die Beschäftigten, die Hörer, Zuschauer und Gebührenzahler wurden von Herrn Albrecht nicht gefragt. Der selbstherrliche Landesfürst kämpft weiter entschieden für eine Umgestaltung der Rundfunklandschaft - jetzt sogar nicht mehr nur in Norddeutschland, sondern in der ganzen Bundesrepublik. "Dazu bin ich wild entschlossen... wir werden das ganze Rundfunkwesen in Deutschland neu gestalten." Wie dilettantisch diese Neugestaltung angegangen wurde, zeigen die verwickelten finanzrechtlichen Probleme, die sich durch eine Auflösung des NDR, wie er heute existiert, ergeben würde. Alle Bundesländer teilen sich nämlich die Rundfunkgebühren nach

einem gemeinsamen Staatsvertrag, der ausschließlich zugunsten der bestehenden Rundfunkanstalten ausgehandelt worden war. Durch die Zerschlagung des NDR ist das ganze ARD-System gefährdet. Und wie

die rundfunktechnischen Probleme und finanz- und verfahrensrechtlichen Probleme gelöst werden sollen, darüber hat sich Herr Albrecht auch noch nicht sehr viele Gedanken gemacht - er kann das auch garnicht, wie der Rundfunkdilettant Albrecht dies auch offen zugibt: "Ich kann das nicht organisieren. Ich kann nur Weichen stellen, nur Chancen für Pluralität öffnen, ins Einzelne handeln müssen die Fachleute."

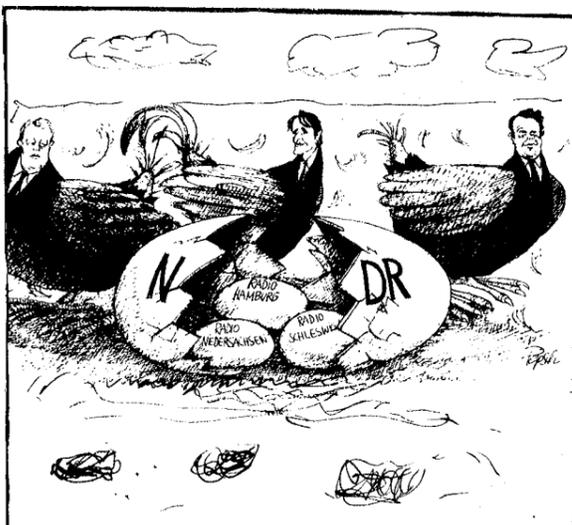
Ein Lehrstück für 1980

Der letzte Stand der Ereignisse sah Anfang November so aus: wahrscheinlich wird keines der beteiligten Länder das erhalten, was es sich vorgestellt hat: Hamburg - durch Bürgermeister Klose in Verhandlungen oft ungeschickt vertreten - muß wohl die Zerschlagung des alten NDR akzeptieren, obwohl noch eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht läuft - und einen eigenen Hamburger Stadtsender etablieren. Herr Albrecht (SPD-Kürzel: Herzog Alba) muß wegen der ungelösten Probleme auf ein Radio Niedersachsen verzichten, und Herr Stoltenberg bekommt ganz gewiß keinen 'ausgewogenen' NDR. Denn jetzt auf einmal wollen Niedersach-

sen und Schleswig-Holstein den NDR übernehmen, nur, daß eben Hamburg herausgedrängt ist. Damit wäre natürlich der Sinn der ganzen Aktion auch erreicht: ein CDU beherrschter Sender und das "rote" Hamburg ausgeschaltet - nur daß die meisten Sendungen weiterhin in Hamburg produziert werden müssen, weil dort die technischen Anlagen und Studios stehen; der Verwaltungswasserkopf wird sich vermehren, kritische Journalisten werden rausgedrängt oder zur Anpassung gezwungen, qualitativ gute Sendungen sind gefährdet.

Mehr Vielfalt wird es schon garnicht geben. Denn das NDR-Sendernetz wird auseinandergeschaltet und die Schleswig-Holsteiner und die Niedersachsen werden nur "ihren" Landessender empfangen können. Nur in Hamburg werden sich alle Sender überschneiden! Die Umstellung wird gewaltige Geldmittel erfordern, die natürlich der Zuschauer als Gebührenzahler oder als Steuerzahler aufbringen muß - er ist sowieso der Verlierer bei diesem Machtkampf, in dem konservative Politiker zeigen, zu welchen Schritten sie fähig sind. Vielen Dank für dieses Lehrstück, Herr Albrecht - wir werden es bis 1980 nicht vergessen !!

Susanne Gutau, Michael Hengst Hamburg



ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

Bitte senden Sie mir das Pressekonto:
 DRUCKEREI GUTAU, Postfach Nr. 1707/1-413
 3000 Hannover, (Postfach, Abgaben)
 Preis und Artikel nach Zahlungseingang

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75